



Daraus ergeben werden, daß die Regierung den Gemüthsdruck des Herrenhauses noch fester zu verankern sucht.

Aber andererseits bedeutet es eine irrthümliche Ueberschätzung, nach der Agitationsmethode der „Unabhängigen“ die Erziehung des Dreiklassenwahlrechts durch das gleiche Wahlrecht in Preußen — gerade in Preußen — als eine Belanglosigkeit abtun zu wollen. Karl Marx wußte wohl auch sehr gut, daß die Einführung des gesetzlichen Höchststages in England noch lange nicht den Sturz der Aristokratie bedeutete, und doch feierte er diese Einführung als den Sieg eines Prinzips. Auch mit dem gleichen Wahlrecht siegt in Preußen ein Prinzip, auf dessen Erreichung Lassalle einst die Gesamtmenge seiner gewaltigen politischen Energie konzentrierte.

Säßen wir es nur erst! Gerade der niederdrückende und von einem verantwortungslos handelnden Parlament noch künstlich gesteigerte Pessimismus der Volksmassen hat die politische Gerechtigkeit der letzten Wochen auf den Gipfel treiben helfen. Und nun sind Dinge eingetreten, deren unmittelbarer Druck vielleicht so hart empfunden wird, daß ein freies Wahlrecht (immer falls es zustande kommt), das erst nach dem Kriege praktische Anwendung findet, als geringer Trost erscheint. Die Zeit der außerordentlichen Kriegsgerichte, in der wir jetzt leben, ist alles andere als frei.

Aber diese Dinge müssen automatisch kurz über lang verschwinden. Ein freies Wahlrecht dagegen wird bleiben. Und das Entscheidende entscheidet die Entwicklung der Weltverhältnisse.

## Die Türken säubern Armenien.

Konstantinopel, 16. Februar. Das Kriegspressquartier teilt mit: Der Widerstand, den armenische Banden in den Dörfern Arab, Persisch, Gazel und Holsingbegh westlich von Erzindschan und in dieser Stadt sowie nördlich davon zu leisten versuchten, wurde leicht gebrochen und am 14. Februar die Stadt Erzindschan, die Straße Erzindschan—Arbassa, die nach Norden führt, sowie die Gegend westlich von dieser Straße und die Küstengewässern Gurele von diesen Banden gesäubert.

## Die Frage der Vermittlung Schwedens in Finnland.

Stockholm, 15. Februar. Laut „Socialdemokraten“ wird der Mitarbeiter des Blattes Redakteur Bödner nach Finnland reisen, um die finnischen Sozialdemokraten für den Gedanken einer schwedischen Vermittlung zwischen den beiden kämpfenden Parteien in Finnland zu gewinnen.

„Dagens Nyheter“ meldet aus Waja: Senator Kemvall habe erklärt, die finnische Regierung habe erfahren, daß die schwedische Regierung bereit sei, zwischen den beiden Parteien in Finnland herbeizuführen. Darauf habe die finnische Regierung geantwortet, eine Vermittlung sei unannehmbar, ein Waffenstillstand aber möglich.

## Die Unruhen auf den Alandinseln.

Stockholm, 16. Februar. Von den Alandinseln wird gemeldet, daß die Unruhen dort am Dienstagabend ausbrachen. Die russischen Truppen griffen sogleich nach einem unglücklich vorher festgesetzten Plan die Besatzung an.

Stockholm, 16. Februar. Das schwedische Kriegsschiff „Thor“ ist bei der Insel Gledra vor Anker gegangen.

Stockholm, 16. Februar. Der Sonderbeauftragte des Svenska Legationsrat an Bord der schwedischen Expedition nach Nordwesten meldet, daß die Lage der Insel Gledra verhältnismäßig ruhig ist. Die russischen Soldaten haben dort Hauszuchtungen vorgenommen. Gestern nachmittags kam eine Anzahl Soldaten in Gledra an, wahrscheinlich in der Nacht zu landen. Lebhafte aber eilige Zurück, nachdem sie Kenntnis von der Expedition bekommen hatte. Gestern legten einige Soldaten freiwillig die Waffen vor der Zivilbevölkerung nieder. Die Russen stockten die Kommunikation Salugde auf Verbot von Marienhamn in Brand.

## Die Einnahme von Witebsk und Smolensk.

Genf, 16. Februar. Der „Matin“ bestätigt, daß man in Petersburg von der Einnahme der Städte Smolensk und Witebsk durch die polnischen Regimenter benachrichtigt worden ist.

## Der Wahlrechtsfeind Tisza.

Graf Tisza erklärte während der Ausführbereitungen der Wahlreform, der Nachweis des Lesens und Schreibens oder von vier zurückgelegten Volksschuljahren genüge nicht behufs Erlangung des Wahlrechts, es müßte der Nachweis von sechs zurückgelegten Volksschuljahren erbracht werden. Er habe ferner keinen Sinn (1), daß die Erfüllung der Militärpflicht schon genügen solle, um das Wahlrecht zu erlangen. Er erklärte ferner, er sei kein Freund des geheimen Stimmrechts, er wünsche jedoch, falls die geheime Abstimmung eingeführt werde, auch die Abstimmungsplätze. Schließlich wies er darauf hin, daß es auch im Interesse der Arbeiterschaft sowie selbst der radikalen Bürgerseits liege, der großen Masse durch Verleihung des Wahlrechts nicht das Uebereinstimmen zu geben.

Ihre Vertiefung des ungarischen Vaterlandes ist die „große Aufgabe“ und genug; zur „Kampf“-Mitbestimmung nicht! Wenn Graf Tisza den ungarischen Staat wieder einmal als das Paradies auf Erden rühmen wird, werden seine Posten zum Besuche dienen, daß dieses Land das Paradies der Junken ist.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 15. Februar. Bei starker Bewachung und Gegenwirkung vertrieben unsere U-Boote im Kermellkanal leicht 19 000 Gr.-N.-Z.-feindlichen Handelsdampfer. Unter den vernichteten Schiffen, von denen die meisten tiefsinken waren, befanden sich zwei große Dampfer von 6000 Gr.-N.-Z., deren einer ein Landdampfer war.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Vorstoß gegen Dover.

London, 15. Februar. Die Admiralität teilt mit: Ein schneller Vorstoß wurde von einer Flottille von großen feindlichen Zerstörern heute früh gegen 1 Uhr auf unsere Patrouillenstreitkräfte in der Straße von Dover unternommen. Ein Fischdampfer (Trawler) und sieben andere Fischfahrzeuge (Drifter), die auf ein U-Boot Jagd machten, wurden versenkt. Die feindlichen Zerstörer zogen schnell nach Norden zurück, bevor unsere Kräfte den Kampf mit ihnen aufnehmen konnten.

## Zahure und Ripont.

Amlich, Großes Hauptquartier, 16. Februar 1918. (W. Z. B.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit, die sich in der Champagne zwischen Zahure und Ripont am Abend verschärfte.

Keinere Unternehmungen unserer Infanterie in Flandern und speziell von St. Mihiel hatten Erfolg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 16. Februar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 16. Februar 1918. Amlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

London, 16. Februar. (Reuter.) Aus Dover wird über den Vorstoß der deutschen Torpedojäger im Kanal gemeldet: Am frühen Morgen fand im Kanal ein Treffen statt. Es war dunkel, als ungefähr 1 Uhr morgens westlich von Dover schweres Feuer gemeldet wurde, das ungefähr 1/2 Stunden anhielt. Das Feuer nahm an Festigkeit zu, als die Schiffe weiter kanalaufwärts fuhrten und wurde nach Osten zu schwächer. Am Morgen sind 10 Boote an Land gebracht worden.

Berlin, Amlich. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals deutsche Streikräfte einen Streifzug in den östlichen Teil des Kermellkanals durchgeführt. Die bisherige umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover—Galais und in der Linie Cap Griznez—Hollestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Vorpostendampfer angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Streikräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt.

Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Oostden englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam fahrenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant J. E. d. Ref. Christiansen brennend zum Absturz gebracht.

London, 16. Februar. Amlich. Ein feindliches Landboot eröffnete heute morgen um 1/2 10 Uhr das Feuer auf Dover und zerstörte ungefähr 30 Granaten in 3—4 Minuten. Ein Kind wurde getötet, drei Männer, eine Frau und drei Kinder wurden verwundet. Einige Häuser wurden nicht ernstlich beschädigt. — Anmerkung von W. Z. B.: An zutreffender Stelle ist hierüber nichts bekannt.

## Die Kämpfe in Ostafrika.

Englischer Heeresbericht aus Ostafrika. Verspätet eingetroffene Berichte betreffen: Marika im Usendaale, 150 Meilen nordöstlich des Südens des Njassasee, wurde von unseren Truppen am 3. Februar nach einigem Widerstand besetzt. Die feindliche Hauptmacht zog sich ostwärts zurück in Richtung nach dem oberen Njasa-Fluß. Sämtliche feindliche Truppen sind nun aus dem Gebiet westlich des Usenda vertrieben, trotz der Schwierigkeiten des Vorrückens infolge heftiger Regengüsse.

## Die Frage der Südseeinseln.

Wellington (Neuseeland), 12. Februar. (Reuter.) Der Finanzminister teilte mit, die Vertreter von Neuseeland gingen zur Reichskonferenz nicht aus freiem Entschluß, sondern unter dem Druck ihrer Pflicht. Die Frage der Südseeinseln sei von beherrschender Wichtigkeit. Ihre Rückgabe an Deutschland müsse verhindert werden und die Vertreter des Dominion müßten dazu helfen, dies zu verhindern. Der Entschluß, die Inseln zurückzugeben, würde ein Unglück sein.

## Stimmungsmache unter den amerikanischen Arbeitern.

New York, 15. Februar. (Nachricht des Reuterischen Bureaus.) Auf einer hier zu Ehren der englischen Arbeiterabordnung in den Vereinigten Staaten abgehaltenen Massenversammlung von Arbeitern erklärte das englische Parlamentariermitglied Duncan: Die Amerikaner können nur wenig, die den Alliierten zufallende Aufgabe und ich fordere die Arbeiter in Amerika auf, aus den Erfahrungen der englischen Arbeiter während des Krieges Nutzen zu ziehen. Die Voraussetzung, daß die englische Arbeiter die den Frieden bestimmende Stelle, heißt wahrscheinlich, den Frieden um jeden Preis (1) ist lächerlich. Wir sind nicht bereit, dem Feind die Friedensbedingungen aufstellen zu lassen.

Der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften Appleton erklärte, daß er selbst das höchste Vertrauen zu der Fähigkeit Englands besitze, standzuhalten. Die Arbeiter wandten sich gegen die angeblichen Arbeiterführer in Großbritannien und erklärten, daß die Hauptmasse der Arbeiter für den Krieg bis zum Ende sei.

Bern, 15. Februar. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die amerikanische Arbeiterföderation dem Gedanken der Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses im gegenwärtigen Zeitpunkt feindlich gegenüberstehe. Nach Ansicht Comper sei es noch nicht an der Zeit, für das Arbeiterium zu sprechen. Erst wenn die Regierungen in Verhandlungen eingetreten seien, müsse das Arbeiterium seinen Einfluß hinsichtlich der Formulierung der Friedensbedingungen geltend machen; aber trotz des Widerstandes der Amerikaner würden die Vertreter des britischen Arbeiteriums die größten Anstrengungen machen, bei der bevorstehenden internationalen Konferenz eine Einigung unter dem Arbeiterium der Entente zu erzielen. Hinsichtlich der Kriegsziele, auf der Grundlage keine Entschädigungen, keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht für Völkern und Völkern (nur diese! Red.) herbeizuführen. Auch dieses werde angeht der besonderen Forderungen der belgischen Sozialisten hinsichtlich eines Schadenersatzes für Belgien und den italienischen Sozialisten bezüglich des Trentinos keineswegs leicht sein.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der Bosporus-Tunnel. Der Vorkontrollrat der türkischen Kammer hat den Vorschlag über einen Vertrag über Bohrungs- und Bauarbeiten für eine Brücke und einen Tunnel von Europa nach Asien und einen Kredit von 10 000 Pfund dafür angenommen; die Arbeiten sollen im April beginnen.

Agarmobilisation in Italien. Wie der Landwirtschaftsminister Miliani im „Corriere della Sera“ erklärt, wird morgen ein Dekret über die Agarmobilisation veröffentlicht, durch das alle militärfähigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren aufgeboten werden. Miliani hofft, daß durch diese und andere Zwangsmaßnahmen Italien seinen Getreidebedarf vielleicht ganz durch eigenen Anbau decken kann.

Luftpostdienst in Amerika. Washington, 15. Februar. (Reuter.) Das Postamt forderte zu Angeboten von fünf Luftfahrzeugen auf, die einem vom 1. Mai an aufzunehmenden ständigen Postdienst zwischen den Städten Washington und New York über Philadelphia dienen sollen. Der Kongreß bewilligte für diesen Postdienst, von dem die Sachverständigen erklären, er sei bereits über das Versuchsstadium hinaus, 100 000 Dollar. Jedes Luftfahrzeug soll 300 Pfund Posten 200 Meilen weit ohne Unterbrechung der Fahrt tragen können.

Der amerikanische Geldbeutel. Der Schatzsekretär Mac Adoo hat eine weitere Summe von 1 Million Dollar zu dem Kredit an Italien eingekesselt, so daß die Gesamtanleihe an dieses Land 550 Millionen Dollar beträgt. Die Gesamthöhe der amerikanischen Anleihen an die Alliierten beträgt jetzt 4 734 400 000 Dollar (etwa 25 Milliarden Mark).

Der amerikanische Flottenstützpunkt auf den Azoren. Der „Commercio do Porto“ meldet, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die portugiesische Regierung um die Erlaubnis ersucht haben, zur Errichtung eines Stützpunktes einige tausend Marinesoldaten auf den Azoren zu landen. Die Vereinigten Staaten, die bereits Artillerie zur Befestigung der Azoren gelandet haben, stellen auch die nötigen Flugzeuge und U-Boote für die Azoren und für Madeira zur Verfügung.

## Verhältnismahl in den großen Reichstagswahlkreisen.

In der Bundesratsitzung vom Sonnabend gelangten zur Annahme: der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenfassung des Reichstags und die Verhältnismahl in großen Reichstagswahlkreisen der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschäftsfehlheiten und der Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung der Geburten.

Das geltende Wahlgesetz zum Reichstag sieht gleiche Wahlkreise mit je 100 000 Einwohnern vor. Nur die kleinen Bundesstaaten mit weniger als 100 000 Einwohnern sollten jeder einen eigenen Abgeordneten wählen. In dem halben Jahrhundert seit dem Erlaß dieses Gesetzes sind zahlreiche agrarische Wahlkreise entvölkert worden, und es entstanden die Rieswahlkreise der Großstädte; die bürgerliche Reichstagsmehrheit konnte sich aber zu dem im Gesetz vorgesehenen Reineinteilung der Wahlkreise nicht entschließen, weil sie das Vordringen der Sozialdemokratie fürchtete.

Endlich, am 6. Juli 1917, beschloß der Reichstag, den Großstädten eine erhöhte Anzahl von Mandaten zuzubilligen. Mitbestimmend war dabei die Erwägung, daß die bürgerlichen Stimmen in den Großstädten meist in der Minderheit und darum unvertreten bleiben. So entstand der Gedanke, die großen Reichstagswahlkreise, soweit sie einseitliche Wirtschaftsgebiete bilden, zusammenzulegen und nach dem Verhältnismahl zu wählen zu lassen.

Bei dem Verhältnismahl, das die Arbeiter von den Gewerkschaften her kennen, stellt jede Partei eine ganze zusammenhängende Liste von Kandidaten auf, und die Wähler stimmen dann nicht für den einzelnen Kandidaten für die Liste. Aus den einzelnen Listen werden dann, von oben angefangen, soviel Kandidaten für gewählt erklärt, als die Partei im Verhältnis zu anderen Parteien Stimmen erhalten hat.

Das Ergebnis dieser Wahlreform dürfte sein, daß die Sozialdemokraten etwas, die Bürgerlichen, d. h. vor allem die Liberalen, mehr gewinnen. Volle Gerechtigkeit wird erst geschaffen sein, wenn das Verhältnismahl, der sogenannte Proporz, über das ganze Reich hin durchgeführt sein wird.

## Handelskammer und Herrenhaus.

### Die Mißgeburt des Verfassungsausschusses.

Die Handelskammer zu Berlin gibt auf Grund des einstimmigen Beschlusses ihrer Vollversammlung vom 15. Februar 1918 folgende Erklärung ab:

Die Handelskammer zu Berlin erhebt entschiedenen Widerspruch dagegen, daß der Wahlrechtsauschuß des Abgeordnetenhauses die Zahl der aus Handel und Industrie zu berufenden Mitglieder des Herrenhauses, die in der Regierungsvorlage auf 72 bemessen war, auf 48 herabgesetzt hat, wovon zudem nur 24 von den preussischen Handelskammern vorgeschlagen werden sollten.

Die Zahl von 24 ist gänzlich unzulänglich, nur auch nur die wichtigsten unter den vielgestaltigen Interessen von Handel und Industrie, die in den Handelskammern ihre amtliche Vertretung finden, zu einer gleichmäßigen Geltung zu bringen. Gegenüber derselben Zahl von Vertretern großer Unternehmungen würden namentlich die weiten Kreise des gewerblichen Mittelstandes und des Kleingewerbes viel zu kurz kommen.

Am peinlichsten aber muß die Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses empfunden werden, daß gleichzeitig die Zahl der auf Präsentation zu berufenden unmittelbaren Vertreter der Landwirtschaft auf 96 belassen und die Gesamtzahl der auf Präsentation zu berufenden Mitglieder sogar von 300 auf 308 erhöht worden ist. Hierdurch würde eine offensichtliche schwere Zurücksetzung von Handel und Industrie verursacht werden, die zu der wirtschaftlichen Entwicklung Preußens in den letzten Jahrzehnten in einem scharfen Mißverhältnis stände.

Die Handelskammer erwartet, daß der ungedachte Beschuß des Auschusses wieder beseitigt und den Berufsständen von Handel und Industrie eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den preussischen Staat angemessene Vertreterzahl im Herrenhaus gewährt wird.

Die Berliner Handelskammer wird da wahrscheinlich kein Glück haben. Denn die reaktionären Instanzen, die bei der Wahlrechtsvorlage gehemmt sind, toben sich desto ungeringer in der Herrenhausreform aus. Schadet das etwas? Wir glauben, nicht viel. Denn je lächerlicher die Zusammenfassung der Herrenhauskammer bleibt, desto stärker wird, trotz aller Kompetenzgehe, die Stellung der Volksvertretung sein!

## Die Zentrumsprelle zur Reichstags-Ersatzwahl in Koblenz-St. Goar.

In Koblenz-St. Goar ist der offizielle Zentrumskandidat, ein hoher Militär, einem ebenfalls von Zentrumswählern aufgestellten Gegenkandidaten, dem Pirater Greder unterlegen. Die haben in Uebereinstimmung mit dem größten Teil der Presse dieses Resultat als einen Sieg des Verständigungsstügels über den Anexionistenstügel im Zentrum bezeichnet. Wertwürdigerweise stellt sich die Zentrumsprelle selber gegenüber dem Wahlergebnis völlig unwissend. Die „Koblenzer Volkszeitung“, das anexionistische Zentrumsblatt am Rhein, dem man doch einige Kenntnisse der eigenen rheinischen Parteiverhältnisse zutrauen sollte, weiß nur folgendes auszusagen:

# Der neue Reichsetat.

## 2875 Millionen Mark Kriegsteuern — 5908 Millionen Mark Verzinsung der Reichsschuld 7332 Millionen Mark Einnahmen und Ausgaben.

In den Vorbemerkungen zu dem Ueberblick über den Reichshaushaltentwurf für 1918 heißt es u. a.:

1. Die für die Durchführung des Krieges benötigten Mittel werden nach Bedarf durch besondere Haushaltsvorlagen angefordert. Die fortwährenden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und der Verwaltung der kaiserlichen Marine werden während des Krieges, dessen fernere Dauer sich nicht voraussagen läßt, wie bisher aus den Kriegsgeldern bestritten werden; sie sind deshalb in den vorliegenden Haushalt nicht eingestellt worden.

Die Kriegsverhältnisse machen, wie im Vorjahr, eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1918 unmöglich. Es sind deshalb, wie für 1917, im allgemeinen die Ansätze des letzten Friedenshaushalts übernommen worden, wobei diejenigen Änderungen und Ergänzungen berücksichtigt sind, welche durch Zeitablauf und durch andere in ihrer Wirkung feststehende Tatsachen bedingt worden. Die wesentlichste dieser Änderungen betrifft die ordentlichen Ausgaben für die Reichsschuld, insbesondere für deren Verzinsung und Tilgung, die, entsprechend dem Verfahren im Haushalt für 1917, mit dem tatsächlich erforderlichen Betrag in Höhe von rund 5908 Millionen Mark erscheinen.

Zur Deckung des Ueberschusses im ordentlichen Haushalt reichen die Einnahmen aus den bisherigen Kriegsteuern nicht aus. Der

fehlende Betrag von 2 875 000 000 Mark

wird aus Kriegsteuern gedeckt werden. Die entsprechenden Vorlagen werden dem Reichstag demnächst zugehen.

2. Im einzelnen ist über die Gestaltung des Haushaltsplans folgendes hervorzuheben:

Bei den Einnahmen ist im Haushalt der Reichsschuld die von China aus Anlaß der Expedition nach Ostasien zu zahlende Entschädigung — 1917: 10 008 512 Mark —, mit deren Eingang vorläufig nicht gerechnet werden kann, außer Ansatz geblieben. Im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung sind die 1917 mit 1250 Millionen Mark angelegten Kriegsteuern im einzelnen veranschlagt worden, und zwar: der Frachturkundenstempel mit einem Mehr von 54 500 000 Mark, die Abgaben von Personen- und Güterverkehr mit 127 400 000 Mark und 140 000 000 Mark, die Kohlensteuer mit 495 000 000 Mark. Weggefallen ist die Stempelabgabe von Personenscheinfahrten mit 23 520 000 Mark und der einmalig erhobene Zuschlag zur außerordentlichen Kriegsabgabe. Ferner ist im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung der 1917 mit 13 760 000 Mark angelegte Zuschlag aus dem Hinterbliebenenversicherungsfonds, welcher im laufenden Jahre aufgezehrt wird, weggefallen.

Bei den fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind soweit als möglich die Regelungen der Gehälter nach Dienstaltersstufen und die Veränderungen in den Ausgabeansätzen berücksichtigt, die sich aus wesentlichen Preisverhältnissen oder aus tatsächlichen Betriebsverhältnissen ergeben. Dagegen ist davon abgesehen worden, die nach den Durchschnitten der Vorjahre bemessenen Ansätze fortzuführen, weil hierfür die Ergebnisse der mehr als zur Hälfte oder ganz unter Kriegsverhältnissen verlaufenen Rechnungsjahre 1914 bis 1916 keine ausreichende Grundlage boten.

Der seit Kriegsbeginn im allgemeinen durchgeführte Grundsatz, während des Krieges neue planmäßige Stellen nicht auszubringen, hat sich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Der Schaffung der neuen Stellen steht eine entsprechende Erparnis an Dienstleistungen im Betrage von 13 810 280 Mark sowie an Stellvertretungskosten im Betrage von 4 562 500 Mark gegenüber.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushalts beschränken sich auf die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen, neue sind nur ausnahmsweise bei dringendem Bedarf vorgezogen. Bei der Verwaltung der Reichsschuld sind ein Betrag von 27 300 000 Mark (1917: 11 324 000 Mark) für die Vergrößerung des Fuhrparks vorgezogen. Die in den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wieder eingestellten Geldmittel sollen zur Gewährung von Unterstützungen an Beamte im Ruhestand und solche Personen, die, ohne die Eigenschaft von Beamten zu haben, im Reichsdienst beschäftigt gewesen sind, sowie ihre Hinterbliebenen Verwendung finden. Ausgeschlossen sind im ordentlichen Haushalt alle Ausgaben, welche während des Krieges aus den besonders bewilligten Kriegsgeldern bestritten werden und deren Bezahlung nach dem Friedensschlusse sich vorerst nicht übersehen läßt.

Beim außerordentlichen Haushalt werden 318 Millionen Mark angefordert. Sie betreffen Ausgaben beim Reichswirtschaftsrat und bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung, welche nach den bestehenden Grundgesetzen auf die Anleihe zu übernehmen sind. Beim Reichswirtschaftsrat handelt es sich um den Wohnungsfürsorgefonds, der infolge Ausdehnung seiner Zweckbestimmung auf Kriegswitwen und Waisen von im Krieg Gefallenen wie im Vorjahr 10 Millionen Mark vorgezogen sind. Der weitere Ankauf von 300 Millionen Mark gründet sich auf § 12 des Gesetzes vom 7. November 1917 über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Von welcher Seite diese Gegenkandidatur (Greber) aufgestellt wurde, ist noch nicht bekannt geworden. Wesentlich war für sie nur ein bisher in Parteienkreisen wenig bekannter Privatmann, Dr. Erasmus Günther in Memuth (Hundrück) auf. Seitens der Zentrumsleitung gelang alles, diesen bedauerlichen Disziplinbruch möglichst unwirksam zu machen.

Für den Gegenkandidaten Greber wurde eifrig unter der Hand gearbeitet. Er hat sich in seiner früheren Stellung der äußerlichen Interessen angenommen und für die Unterbringung armer Kinder gut gewirkt. Seine Kandidatur wurde als eine soziale aufgegeben und unter diesem Schilde alles gesammelt, was sich gegen die offizielle Kandidatur im Süden auflehnte.

Die weitere Behauptung der „Köln. Volksztg.“, daß namentlich die Liberalen für Greber gestimmt hätten, wird vom „V. L.“ mit der Begründung bestritten, daß im Wahlkreis nur National-Liberalen in Betracht kommen, denen der offizielle Zentrumskandidat v. Steinäder als Ungezogenheit viel sympathischer gewiesen wäre. Auch das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“ weiß als Grund für die Wahl Grebers nur seine „größere Volkstümlichkeit“ und seine soziale Tätigkeit angedeutet. Im übrigen schreibt sie:

Welche Gründe in Koblenz-St. Goar außer den oben angegebenen etwa noch mitgespielt haben mögen, daß der Weisung der Parteileitung des Wahlkreises so wenig Folge geleistet wurde, können wir von hier aus nicht gleich übersehen, doch werden wir, sobald uns andere Nachrichten vorliegen, auf das Wahlergebnis zurückkommen.

Diese Zurückhaltung des dem Abg. Erzberger nahestehenden Blattes entspricht wohl parteipolitischen Erwägungen, da selbst in öffentlichen Blättern der Wahlausfall ausdrücklich als ein „Sieg Erzbergers“ aufgefunden wird.

3. Zur Schuldentilgung werden bereitgestellt:
- a) von der Selbstverwaltung . . . 6 376 084 M.
  - b) von der Eisenbahnverwaltung . . . 855 151 „
  - c) von Logo . . . . . 62 045 „
  - d) von Südwestafrica . . . . . 299 609 „
  - e) aus allgemeinen Reichsmitteln . 75 035 534 „
  - f) der Ueberkauf aus dem Münz-  
wesen mit . . . . . 8 500 000 „

zusammen 91 128 323 M.

welche gemäß § 5 der Reichsschuldordnung zum Ankauf einer entsprechenden Anzahl von Schuldverschreibungen verwendet werden sollen.

Für die Rückzahlung der 4 Prozentigen auslosbaren Reichsschuldverschreibungen der VI. und VII. Kriegsanleihe sind 16 940 000 Mark vorgezogen.

Durch das Haushaltsgesetz wird — wie im Vorjahr — angeordnet, daß eine Tilgung der Kriegsanleihe nicht stattfindet, weil hierüber erst nach dem Friedensschlusse bestimmt werden kann.

4. Sollte das Rechnungsjahr 1918 Ueberschüsse ergeben, so würden sie darauf beruhen, daß eine genaue Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben nicht möglich war und wichtige Ausgaben namentlich bei Heer und Marine vorerst ganz ausgefallen werden mußten. Es ist deshalb ebenso wie im Vorjahr durch das Haushaltsgesetz vorgezogen, daß etwaige Ueberschüsse nach vorheriger Bestimmung der Haushaltspläne künftiger Jahre zu verwenden sind, vorläufig also in der Reichskasse verbleiben.

5. Der Schatzanweisungskredit ist wie 1917 auf sechs Milliarden Mark bemessen, um der Finanzverwaltung für die Erfüllung der Kriegsanleihekredite einen größeren Spielraum zu gewähren.

6. Die ungedeckten Rezirkularbeiträge sind nach dem Satze von 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung von 1910 auf 51 407 704 M. A. I. h. r. set.

Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7 332 699 396 Mark, gegen 4 941 876 000 Mark im Vorjahr. Die Steigerung ist in der Hauptsache auf das Anwachsen der für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Summen von 3 361 612 248 Mark auf 5 907 578 249 Mark zurückzuführen. Die Einnahmen aus den Kriegsteuern steigen von 1250 Millionen Mark auf 2 875 Millionen Mark. Der außerordentliche Haushalt zeigt mit 108 068 323 Mark Einnahmen und 426 068 323 Mark Ausgaben einen Fehlbetrag von 318 Millionen Mark, der durch Anleihe aufzubringen ist.

Von Anfang an muß festgehalten werden, daß dieser Etat eine Fiktion, eine Scheingröße ist. Ihm sind im wesentlichen die Friedensjahre zugrunde gelegt, die sowohl in Einnahmen wie Ausgaben mit den tatsächlichen Verhältnissen aufs härteste kontrastieren. Es sei nur daran erinnert, daß die Aufwendungen für Heer und Flotte im Krieges wieder im ordentlichen noch im außerordentlichen Staatshaushalt verzeichnet sind, sondern aus dem Kriegsfonds gedeckt werden. Auch der sehr bedeutungsvolle Wandel in den Steuererträgen wird nicht sichtbar, und dabei sind doch ganze Steuergattungen ausgefallen oder ihr Ertrag ist auf einen geringen Bruchteil ihres Friedensbetrages gesunken; erinnert sei nur an die Zölle, an die Abgaben von alkoholischen Getränken, an die Zuckerversteuerung usw., und darum ist der ganze Staatshaushalt sehr wenig wert. Es hat wenig Sinn, über Zahlen zu sinnieren, die nicht stimmen. Von einiger fühlbarer Bedeutung ist nur, daß die für Verzinsung der Reichsschuld notwendigen Beträge von 5,6 auf 5,9 Millionen Mark gestiegen sind und daß, da die beschlossenen Kriegsteuern nicht ausreichen, neue beschossen werden müssen. Da es sich bei der Deckung des Schuldendienstes um laufende Ausgaben handelt, so muß auch für Deckung auslaufenden, für längere Zeit berechneten Steuern gesorgt werden. Dazu eignet sich die außerordentliche Kriegsabgabe nicht, deren Erhebung notwendig zeitlich beschränkt ist und die daher zur Herabminderung der Schuldenlast bestimmt erscheint. Würde sie dennoch — ihr Ertrag wird für die erste Erhebung auf fünf bis sechs Milliarden geschätzt — zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Staatshaushalt benutzt, so würde das ein ebenso bequemes wie feiges Herumbrüllen um die finanziellen Grundprobleme bedeuten. Wenn also dem Reichstag jetzt auch eine neue, wahrscheinlich sogar verschärfte Kriegsteuer zugeht, so wird der Reichstag darauf sehen müssen, daß sie der Schuldenminderung dient oder wenigstens die Schuldenvermehrung hemmt.

Außerdem müssen aber laufende Steuern beschossen werden, über die bereits ein großes Mißvertrauen in der Presse angehaucht hat. Die Redungen entspringen teils bloßer Sensation, teils sind sie von Interessenten lanciert, um auf den Wurf zu klopfen. Das Reichsamt scheint aber bisher nicht zu halten und die Sensationshäuferei nur mit Unbehagen zu sehen. Es wird mit der Versicherung nicht müde, daß die Auswahl der einzubringenden Steuervorlagen noch nicht getroffen sei, und gibt zu verstehen, daß vor Ende März das große Geheimnis nicht gelüftet werden wird. Wahrscheinlich will das Reichsamt dem Enthusiasmus für die bald aufzulegende Kriegsanleihe nicht durch trübe Steuerbefürchtungen dämpfen.

## Mobilisierung der Unmündigen.

Und ein Lehrer aus der Schale  
Sann auf Rettung und verfuhr  
Dann auf seine Kinder.

Das Vorbild des aus dem Justizdienst bekannten Rannburger Pädagogen hat seinen Kollegen zu Algenau im Jahre 1918 nicht schlummern lassen. Auch ihm sind Kinder „unachtsam und feige Sünder“ das beste Mittel zur Staatsrettung. Der Zeitgenosse lieft in der „Schlesischen Volkszeitung“ folgende vom 1. Februar 1918 datierte Eingabe an den Kaiser:

Allergnädigster Kaiser!

In dieser schweren Kriegszeit haben wir acht bis vierzehnjährige Kinder unsere schwachen Kräfte dem Wohle des Vaterlandes gern gewidmet. Wir haben auf dem Felde geduldet, geglaubt, Kartoffeln gepflanzt, geerntet, Getreidegarben eingefahren und weitergearbeitet, die Mähe gehäutet usw., damit die Munitionsarbeiter in den Städten Brot, Kartoffeln und Futter haben.

Kann seien wir, daß Tausende von ihnen nicht arbeiten wollen und dadurch ihren Vätern im Felde in den Rücken fallen und den feindlichen Einländern eine große Freude bereiten. Daher bitten wir alleruntertänigst: Eure Majestät mögen geruhen zu befehlen, daß diesen Leuten, so lange sie nicht arbeiten, kein Brot, keine Kartoffeln und keine Futter verabfolgt werden dürfen. Denn für Nichtstuer, Empörer und Vaterlandsverräter haben wir nicht gearbeitet.

Eure Majestät alleruntertänigste Schüler der Schule zu Algenau.

Im Namen der andern. (Es folgen Namen — Red.)

Dem Schullehrer von Algenau gebührt ein Orden. Ihm ist ein Bund der Pädagogen gelungen. Das acht- bis vierzehnjährige Dorfschulkind ein derartiges Schriftstück abfassen könnten, in dem sogar das „wolle geruhen zu befehlen“ und das „alleruntertänigst“ nicht fehlt, hätten wir nicht für möglich gehalten. Denn der Herr Lehrer selbst hat es doch wohl nicht verfaßt. . . . Bemängeln müssen wir nur, daß der Herr Pädagoge von Algenau seine Schüler über die Grenzen der kaiserlichen Gewalt nicht richtig aufgeklärt hat. Aber dies sollte angefaßt der sonst in dem Schriftstück bewiesenen hochpatriotischen Gesinnung einer Prämierung des Wadeten nicht im Wege stehen.

## Letzte Nachrichten.

### Notschrei der ukrainischen Kadaregierung.

Berlin, 16. Februar. Die ukrainische Delegation in Brest-Litovsk hat der deutschen Reichsregierung folgende Erklärung an das deutsche Volk übermittelt:

An das deutsche Volk! Am 9. Februar des Jahres haben wir in dem tiefen und heißen Wunsch, mit unseren Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Vierbundes unterzeichnet, um dem unglückseligen Bürgerkrieg ein Ende zu machen und alle unsere Kraft auf das eine Ziel zu vereinigen, uns die Form für ein eigenes selbständiges, staatliches Leben zu schaffen.

Aber die freudige Nachricht vom 9. Februar, nach der sich die arbeitenden Massen unseres Volkes so sehr gefreut hatten, hat uns keinen Frieden in unser Land gebracht. Der Feind unserer Freiheit ist in unsere Heimat eingebrochen, um noch einmal, wie schon 24 Jahren, mit Feuer und Schwert das ukrainische Volk zu unterjochen.

Die russischen Maximalisten, die vor einem Monat die fast nur aus Sozialisten bestehende ukrainische Verfassunggebende Versammlung in Petrograd auseinandergejagt haben, haben jetzt, wie sie sagen, den heiligen Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine unternommen.

Von Norden fallen die gedungenen Banden der Roten Gar-dien über unser Land herein. Sie vereinigen sich mit den von der Front entlassenen russischen Soldaten und mit befreiten Sträflingen. Unter dem erfahrenen Befehl gewesener Polizisten und Gendarmen dringen sie in unsere Städte ein, lassen die Vertrauensleute und Führer der öffentlichen Meinung erschließen und treiben von den Bewohnern Kontributionen ein. Aus der ver-nichteten und brennenden Stadt ziehen sie weiter auf die Suche nach neuer Beute.

Diese barbarische Invasion unserer nördlichen Nachbarn hat sich noch einmal zum Ziele gesetzt, wie schon früher in unserer Geschichte unter scheinheiligen Vorwänden, die Selbständigkeit unseres Staates zu vernichten. Ihre wahren und letzten Gründe liegen in den unedlen Absichten und Mordenschaften derer, die ein Interesse daran haben, die Anarchie in der Ukraine zu sehen, wie ebenso derer, die die Rückkehr der alten Gewalt-herrschaft erstreben.

Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Kom-missare lügen, wenn sie von einem Aufstand des Volkes in der Ukraine sprechen, daß sie lügen, wenn sie die Zentralrada des Parlament der ukrainischen Volksrepublik das aus ukra-inischen Sozialisten besteht und weitgehende soziale und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, eine Rada von Bourgeois nennen.

Die Petersburger Kommissare, die mit ihren Worten nur hartnäckig das Wohl der Ukraine, Polens, Kurlands und anderer Völker verteidigt haben, haben in Brest-Litovsk sich der schönen Pose bedient, die Reste des russischen Heeres von der Front zurückzurufen, um sich heimlich gegen die Ukraine zu werfen mit der Absicht, uns zu berauben, die Ge-treidevorräte nach Norden zu schaffen und das Land zu unterjochen.

Jetzt, wo nach vier Jahren die harte Wand gefallen ist, die uns von unseren westlichen Nachbarn getrennt hat, erheben wir unsere Stimme, um das Unglück unseres Volkes zu verhindern.

Wir sehen die Früchte unserer jungen Revol-ution in Gefahr und müssen für unsere kaum erungene Frei-heit fürchten. Blutige Zusammenstöße mit den russischen Banden finden täglich statt. In Wolhynien und an anderen Punkten sam-meln wir neue Kräfte, um uns den immer neu von Norden ein-dringenden Haufen entgegenzustellen. In diesem harten Kampf um unsere Existenz

sehen wir uns nach Beistand um.

Wir sind tief überzeugt davon, daß das fried- und ordnungs-liebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unserer Not erfährt. Das deutsche Volk, das in der Platte unseres nördlichen Feindes steht, besitzt die Macht, uns zu helfen und durch sein Eingreifen unsere nördlichen Grenzen vor dem weiteren Ein-dringen des Feindes zu schützen.

Dies ist, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, daß unsere Stimme gehört werden wird.

### Verlegung der Ukraine-Sowjets nach Kiew.

Sasel, 15. Februar. Nach einer Meldung eines hiesigen Depeschbüreaus aus Petersburg telegraphierte der Präsident des Zentralvollkongresses der Sowjets der Ukraine von Kiew unterm 13. Februar: Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Zentralrada und die von ihr gesammelten gegenrevolutionären Truppen am 12. Februar durch die Truppen der Sowjets gefolgt wurden. Infolgedessen ist das Komitee der Sowjet der Ukraine sowie das Sekretariat der Bauern und Arbeiter der ukrainischen Republik von Charlow nach Kiew überführt worden.

### Landtagwahl in Lennep-Nemtscheid-Solingen.

Köln, 16. Februar. Bei der heutigen Landtagwahl im Wahlkreise Lennep-Nemtscheid-Solingen wurde der Kandidat der vereinigten Liberalen, Staatsminister Fried-berg-Berlin, mit 691 Stimmen einstimmig gewählt. Die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl.

### Streikfragen in England.

Amsterdam, 16. Februar. Ein hiesiges Blatt erzählt aus London vom 15.: Die überwiegende Mehrheit des Metallarbeiter-verbands hat den Vorschlag, einen Proteststreik gegen die Re-gierungsvorschläge zum Rauschstoffgesetz zu veranstalten, ab-gelehnt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Achtung! Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes.

In den letzten Tagen werden wieder Flugblätter in den Betrieben der Metallindustrie verteilt, in denen vom Streiken die Rede ist. Auch werden wieder in der bekannten Weise die Gewerkschaftsleistungen angepöbeln.

Wir erziehen unsere Mitglieder, diesen Flugblättern keine Beachtung zu schenken und sich auch von jeder Verteilung dieser Flugblätter fernzuhalten.

Diese Flugblätter kommen von unbekannter und unverantwortlicher Seite und sind geeignet, uns großen Schaden zuzufügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Ortsverwaltung Berlin.

### Der Kampf um die Existenz

hat die im Berliner Buchdruckgewerbe beschäftigten Setzerinnen und Maschinensetzerinnen veranlaßt, eine „Vereinigung der Buchdruckerinnen Berlins“ zu begründen. Der größere Teil der in Berlin beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte (etwa 200) ist bereits dem Verein beigetreten. In einem „Mittellungsblatt“, welches der Verein herausgibt, läßt er sich über seine Zwecke und Ziele folgendermaßen vernehmen: „Unser Ziel ist sicher nicht, bereits als Freiberufler unserer männlichen Kollegen ihre Bemühungen um Verbesserung ihrer Lebenslage zu erschweren. Nein, wir werden unser ganzes Wissen und Können bieten, um gleichwertige Mitarbeiter in unserem Beruf zu werden, und damit auch mit Recht von unseren Arbeitgebern das zu verlangen, was uns von Tarif wegen gebührt. Ueber das „Berechnen“ (Afford) weisen sie in ihren „Mittellungen“ darauf hin, daß sie zuzeit etwa 50 Proz. billiger arbeiten, da sie nur den glatten Buchstabenpreis ohne Feuerungszulage für ihre Tätigkeit erhalten. Die Prinzipale sind also dadurch in der Lage, beliebig Schmutzkonkurrenz zu treiben, was der Verein durch den Zusammenschluß zu verhindern sucht. — Diese Ziele, die sich der „Verein der Buchdruckerinnen“ gesteckt hat, sind seitens der Gehilfen nur mit Freuden zu begrüßen, und kann der Verein darauf rechnen, daß die organisierte Gehilfenchaft den Verein in seinen Bemühungen und Bestrebungen tatkräftig unterstützen wird.

### Gegen Disziplinlosigkeit im Fabrikarbeiterverbande.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes veröffentlicht eine scharfe Erklärung gegen die Zahlstellen Braunschweig, Mügeln und Plauenischer Grund, die sich den Beschlüssen des jüngsten Verbandstages nicht fügen wollen. Der Verbandstag hatte beschlossen, daß alles Eigentum der Zahlstellen Verbandseigentum sei; löse sich eine Zahlstelle auf oder trenne sie sich vom Verbands, so habe der Verbandsvorstand Verfügungsgewalt und Kontrolle über alle Barmittel, Wertgegenstände und Sachwerte und das Recht zu strafrechtlicher Verfolgung aller derer, die sich solches Verbandseigentum anzu eignen verüben. Demgegenüber haben die Zahlstellen Plauenischer Grund und Mügeln beschlossen, daß die Gelder am Orte nur der Verfügung durch die örtliche Generalversammlung unterliegen, auch für den Fall, daß diese sich vom Gesamtverband löst; die Ortsverwaltung soll besonders gewählten Bevollmächtigten für den Verbleib dieser Gelder Rechenschaft und Verantwortung schulden. Dieser Beschluß soll solange gelten, als der gegenwärtige Vorstand, insbesondere der Vorsitzende (Verbandsabgeordneter Vreh) in Verbindung mit der Generalkommission die den Mitgliederinteressen entgegengelegte Politik fortsetzt. Diese Aufsehung gegen die Beschlüsse des Verbandstages, der obersten Instanz, geht also aus „Unabhängigen“-Tendenzen hervor und ist um so verwerflicher, als die Beschlüsse des Verbandstages nahezu einstimmig gefaßt worden sind, und auch dem Vorstand nahezu einstimmig Entlastung gewährt wurde.

Noch deutlicher ist der parteipolitische Charakter des Konflikts in Braunschweig. Die Braunschweiger Zahlstelle hatte die Mitglieder Gelpke und Ohlendorf, Führer der sozialdemokratischen Parteibewegung in Braunschweig, aus dem Verband ausgeschlossen. Vorstand, Aufsicht und Verbandstag, als höhere Instanzen, haben diesen Ausschluß für gänzlich unberechtigt erklärt. Gleichwohl will Braunschweig sich nicht dazwischen fügen, diese Gegner

der Unabhängigen als Verbandsmitglieder anzuerkennen. Gegenüber solchen Willkürlichkeiten erklärt der Vorstand, daß nur die Beschlüsse des Verbandstages Geltung haben und mahnt zur Disziplin.

### Vernunft Paul Müllers zum Mitglied des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Der Bundesrat hat den Angestellten des Transportarbeiterverbandes, jetzigen Arbeiterbeirat der Seevereinigung Paul Müller-Hamburg als händiges Mitglied in den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte berufen. Das Organ des Transportarbeiterverbandes begrüßt diesen Schritt des Bundesrats um deswillen mit besonderer Freude, weil der genannte Reichsausschuß auch über die Ansprüche der Seeleute auf Beihilfe für die durch kriegerische Maßnahmen verlorenen Seemannseinkünfte (in Form von Vorschlägen an den Reichstanzler) zu entscheiden hat.

Der Transportarbeiter-Verband weist bei dieser Gelegenheit nach einmal die demagogischen Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück, die gegen Paul Müller aus Anlaß seiner Vernunft erhoben worden sind. Wenn extrarote und gelbe Verleumdung es so hinjagten, als sei Paul Müller für das Geis zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte eingetreten, um jetzt „seinen Lohn“ dafür zu haben, so sei das unbeschreiblich erbärmlich gedacht. In Wahrheit seien alle organisierten Seeleute für die Vorlage eingetreten, weil sie nur dadurch die Lebensmöglichkeiten der deutschen Seeschifffahrt und der deutschen seemannischen Arbeiterschaft sichern zu können glaubten. Die unabhängigen Untersuchungen, Paul Müller sei „sozialpatriotisch“, „amerikanistisch“, „rederfreundlich“, begegneten sich mit den Beschimpfungen der Gelben, er sei ein „gemeingefährlicher Streikgewerkschaftler“, „Aufwiegler“ und „anarchistischer Klassenläufer“. Gelbe und rote „Unabhängige“ kämpften in brüderlicher Gemeinschaft gegen vernünftige fortschrittliche Arbeit auf dem barten Boden der Wirklichkeit. Die organisierten Seeleute würden sich auch in Zukunft frei halten von allem syndikalistischen und gelben Demagogentum.

### „Ohne die Hilfe des Verbandes wäre ich unterlegen.“

Denjenigen, die bei jeder Gelegenheit die Organisation als nutzlos und zwecklos hinzustellen belieben, bringt die „Bergarbeiter-Ztg.“ einen ebenso interessanten wie lehrreichen Rechtsstreit der Organisation für die Witwe eines an den Folgen eines erlittenen Unfalls verstorbenen Mitgliedes in Erinnerung.

Der der Zahlstelle Marienstein angehörende Mathias Schwiembacher erlitt am 24. Mai 1913 und am 16. Dezember 1913 je einen Unfall (Quetschung der Rippen an der rechten Seite). Schwiembacher beachtete keine Verletzungen wenig und ging nach kurzer Krankheitszeit wieder zur Arbeit. Fast zwei Jahre später, am 2. Juni 1915, erkrankte er wieder. Am 6. Juli 1915 mußte er dem Krankenhaus überwiesen werden und war mit kleinen Unterbrechungen von da ab bis 13. Dezember 1916 in den Krankenhäusern Tegernsee, Tölz und Hausdam untergebracht. Am 13. Dezember 1916 starb er im Krankenhaus Hausdam. Sowohl der behandelnde Knappschafftsarzt, wie auch die Krankenhausärzte in Tegernsee und Tölz, stellten Lungentuberkulose fest. Von einem ursächlichen Zusammenhang mit den feinerzeitigen Verletzungen wollten sie nichts wissen.

Von unserem Sekretariat in Hausdam wurde bei der Knappschafftsberufsgenossenschaft, Sektion VIII in München, Antrag auf Unfallrente gestellt. Die Berufsgenossenschaft lehnte mit Bescheid vom 17. August 1916 den Antrag auf Unfallrente ab, weil die Erwerbsfähigkeit nach ärztlichen Feststellungen durch ein inneres Leiden hervorgerufen sei, welches außer Zusammenhang mit einem Unfallereignis stehe. Gegen diesen Bescheid wurde Einspruch erhoben, und auf Kosten des Verbandes ärztliche Gutachten für Schwiembacher beauftragt.

Nach langwierigen Verhandlungen und Operationen, denen Schwiembacher unterzogen wurde, hat die Berufsgenossenschaft den Anspruch als begründet anerkannt. Die Berufsgenossenschaft mußte an die Frau Schwiembacher an Unfallrente für die Zeit vom 2. Juni 1915 bis 13. Dezember 1916 1069,48 Mark und an Hinterbliebenenrente vom 14. Dezember 1916 bis 30. September 1917 275,44 Mark, zusammen: 1344,92 Mark nachzahlen, und außerdem eine monatliche Witwenrente von 28,75 Mark gewähren.

Weder Schwiembacher selbst noch seine Ehefrau wären im Stande gewesen, ihre Rechte genügend zu vertreten und durchzuführen. Nur mit Hilfe des Verbandes war es möglich, diesen schwierigen Prozeß mit Erfolg durchzuführen. Im Gegensatz zu denen, die den Verband für wertlos halten, urteilt Frau Schwiembacher über denselben, indem sie am Schlusse ihres Schreibens an

die Rechtschutzstelle sagt: „Und nochmals tausendmal den besten Dank für die Mühe und Arbeit, die Sie für mich gehabt haben; ohne Hilfe des Verbandes wäre ich unterlegen.“

### Forderungen der Braunkohlenarbeiter der Niederlausitz.

Auf Verlangen dieser Belegschaften im Niederlausitzer Braunkohlenrevier beschäftigte sich am 10. Februar er. in Senftenberg eine Konferenz der den Verbänden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter, Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter (F. D.) Abt. Bergarbeiter, Deutscher Metallarbeiterverband, Gewerkschaft der Metallarbeiter und Maschinenbauer (M. D.), Verband der Maschinenisten und Feiger angehörenden Vertrauensleute und Arbeiterauschussmitglieder mit der Lohn- und Lebensmittelfrage. Abseitig wurde hervorgehoben, daß die Klagen der Belegschaften voll berechtigt sind und die Löhne den heutigen wirtschaftlichen Existenzbedingungen nicht entsprechen. Nach längerer Aussprache wurde von den Schichtvertretern einstimmig der Beschluß gefaßt:

den Belegschaften zu empfehlen, ihre weitergehenden Wünsche zurückzugeben und einheitlich an die Werkleitungen folgende Forderungen zu stellen:

1. Erhöhung des einschließlich aller Zulagen und Berechtigungen bisher gezahlten Lohnes um 1,50 M. für männliche, 1,00 M. für weibliche und 0,75 M. für jugendliche Personen unter 16 Jahren pro Schicht.
2. Zahlung von 25 Proz. Zuschlag für die ersten beiden Nebertunden; für jede weitere Lebertunde und für Sonntagsarbeit 50 Proz. und für Feiertagsarbeit 100 Proz.
3. Erhöhung des Gehaltes um 20 Proz.

Allgemein wurde ausgesprochen, daß mit der geforderten Erhöhung die Löhne bei weitem noch nicht den wirklichen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen, sondern damit nur eine Milderung der allerschwersten Notlage eintreten würde. Ferner wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei der Versorgung der Belegschaften mit Lebensmitteln die Mitwirkung und Kontrolle der Arbeitervertreter durch die Werkleitungen mit allen erdenklichen Mitteln verhindert wird. Die Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom Mai 1917 steht in der Niederlausitz lediglich auf dem Papier. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das Material gesammelt werden soll und die Arbeitervertreter sich bei den ferneren Verweigerungen an das Kriegsernährungsamt und an das Kriegskontrollamt beschwerbefähig wenden sollen.

### Der christliche Bergarbeiterverband hat, wie der „Bergknappe“

(Nr. 7 vom 16. 2.) schreibt, im Jahre 1917 seine höchste Friedeinsinnahme mit 1.241.797 M. um 103.000 M. überdritten. Ueber 30.000 Mitglieder seien neu beigetreten. Vor dem Kriege seien „einige Jahre des Stillstandes im Organisationsleben der Bergleute“ zu verzeichnen gewesen. In dem Artikel heißt es weiter:

„Es besteht die Gefahr, ja die größte Wahrscheinlichkeit, daß wir nach dem Kriege in große Kämpfe verwickelt werden. Die Unternehmerorganisationen wurden während des Krieges gewaltig gestärkt. Sie gewannen an Geschlossenheit und konnten sich finanziell außerordentlich kräftigen. In den meisten Unternehmerverbänden, die für uns in Frage kommen, ist die Abneigung gegen die Arbeiterbewegung auch im Kriege nicht geringer geworden. Auch im Kriege wagte es keine Behörde, die Bergbauergewaltigen zu zwingen, von ihrem alten Herrenstandpunkt abzulassen und die Arbeiter und deren Organisationen praktisch als gleichberechtigt zu behandeln. Wir werden uns gegenüber dem Unternehmertum selbst helfen müssen. Für die Zeit nach dem Kriege ist mit schweren Zusammenstößen zu rechnen. Dazufür müssen wir große Mittel bereitstellen.“

### Einem ordentlichen Verbandstag beruft der Zentralverband

der Schuttmacher auf Montag den 9. Juli, nach Bützberg ein. Die provisorische Tagesordnung weist u. a. ein Referat von Simon über „Die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden und die Aufgaben unseres Verbandes“ auf.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scheel, Krefeld; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 3 Pfennige.

# O. Wertheim

Lepziger Str., Montag 11—1 u. 4—6 Uhr, Kochvortrag

„Die fett- und fleischlose Küche“

Vorführung des Heißluftbrater und -Kocher „Ohne jedes Fett“

## Kleiderstoffe

Blusenstoffe gestreift, in schönenFarbestellungen aus Schapp-Seide. Mtr. 16.50

Seiden-Voile bestickt, 110 cm breit, in verschiedenen Farben. Mtr. 19.50

Halb- u. ganzseid. Kleiderstoffe stumpfe und glänzende Gewebe für Kleider 19.50 bis 35.00 in versch. Farben Mtr.

## Spitzen-Reste

und -Abschnitte in Tüll, Spachtel, Filet, Valenciennes u. Zwirn-Spitzen sowie Einsätze

## Seidenstoffe

Schwarze Perlseide 7.75 (Pailette) in guter Qualität Mtr.

Seiden-Schotten für Blumen, in verschiedenen Stellungen. Mtr. 7.75

Blusenseide gestreift, in modernen Farbestellungen Mtr. 9.50

Japon bedruckt, 60 und 90 cm breit, für Blusen und Besätze ca. 60 cm breit Mtr. 12.75 ca. 90 cm breit Mtr. 19.75

China-Krepp etwa 100 cm breit, schwarz und farbig. Mtr. 27.75 bis 34.00

Seiden-Kaschmir 100 cm br., in schönen Farb. f. Kleider Mtr. 37.50

## Neue Damen-Hüte

Matelot mit hohem glatten oder schwarz-weiß kariertem Kopf. . . . . 19.50  
Großer Rundhut mit Bandkopf, Tüllrand und Blumen garniert. . . . . 31.75  
Zylinderform aus Seide, mit Band garniert. . . . . 35.50  
Großer Rundhut mit Tüllrand und Agraße. . . . . 38.50

Auslage der neuesten Frühjahrs-Modelle

## Waschstoffe

Schleierstoff bedruckt, in schönen türkischen Mustern Mtr. 8.50

Krepp bedruckt, ca. 75 cm breit, kleine Blumenmuster. Mtr. 5.25

Batist bestickt, 80 cm br., dunkelgründig mit farbigen Mustern Mtr. 8.75, 10.00

## Regenschirme

Damen- u. Herren-Schirme Seide mit hübschen Naturgriffen

Damen- u. Herren-Schirme Taffet u. Sorgan. eleg. Griffen, Natur u. Phantasie für Sonne u. Regen in allen mod. Farben

Damen-Schirme in allen mod. Farben

Spazierstöcke in jeder Preislage

## Damen- und Herren-Handschuhe

Damen-Stoffhandschuhe  
Trikot halb m. Futter, farbig, 2 Dckk. 0.68  
Trikot farbig mit 2 Druckknöpfen. 0.95  
Trikot halb mit Futter, weiß, 2 Dckk. 1.55  
Leinen-Ersatz farbig, weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen. . . . . 1.95  
Leinen-Ersatz farbig, mit 2 Druckkn. 2.25  
Seide weiß, schwarz, farbig, 2 Dckk. 2.45  
Seide schwarz, weiß, farbig, 2 Dckk. 2.90

Schweden-Ersatz farbig, weiß, schwarz, mit 2 Druckknöpfen. . . . . 3.50  
Schweden Ersatz m. Ausstattung, farbig, mit 2 Druckknöpfen. . . . . 3.90  
Lange weiße seidene Handschuhe zirka 10 Knopf lang. . . . . 3.90  
Damen-Lederhandschuhe  
Lange Damen-Glacé weiß, zirka 12 Knopf-Länge. . . . . 3.90

Ziegenleder weiß mit schwarzer Aufsicht, 2 Druckknöpfe. . . . . 4.90  
Ziegenleder hellfarbig, 2 Knöpfe. 4.90  
Ziegenleder farbig, schwarz und weiß, 2 Druckknöpfe. . . . . 5.75  
Glacé-Stepper weiß, mit breiter Aufsicht, 2 Druckknöpfe. . . . . 6.50  
Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckkn. 7.50  
Ziegenleder farbig mit weißer Aufsicht, 2 Druckknöpfe. . . . . 8.50

Schwedenstepper farbig und schwarz, mit 2 Knöpfen. . . . . 9.50  
Ziegenstepper farbig, 2 Druckkn. 11.50  
NappastepperbrauneFarb., 2Dckk. 12.75  
Herren-Handschuhe  
Chromstepper-Militärhandschuhe mit 2 Druckknöpfen. . . . . 12.50  
Nappastepper mit 2 Druckknöpf. 16.50  
Chromstepper mit 2 Druckkn. . 16.50

Breitscheids Verwirrungsphrasen.

Von Rudolf Wissell

Dr. Breitscheid behandelt in einem zwei Spalten langen Artikel im neuesten Mittelungsblatt der Unabhängigen die einheitliche Arbeiterbewegung.

Der Kern der Breitscheidschen Argumentation geht dahin: Mit dem Ausbruch des Krieges hätten Partei und Gewerkschaften dem bis dahin verpöblichten und bekämpften Standpunkt der „Harmonieapostel“ weitgehende Zugeständnisse gemacht.

Wenn die Voraussetzungen Breitscheids zutreffend wären, könnten auch seine Schlussfolgerungen richtig sein. Aber sie sind nicht richtig.

Die Grundlagen der Existenz der breiten Schichten der Bevölkerung war durch den Krieg in Gefahr gekommen und ist bei einem Siege unserer Gegner noch immer in Gefahr.

Ziel mehr wie früher ist das heute der Fall! Damals waren die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiter noch überaus traurig.

Die ungenügende Haltung der Arbeiterklasse beim Ausbruch des Krieges. Darum die wortwörtliche Bestätigung dessen, was Bebel in einer vertraulichen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages bei der Beratung der neuen

Rüstungsvorlagen für den Etat 1913 sprach und was dann als Flugblatt: „Ein ernstes Wort in erster Stunde“ wiedergegeben wurde.

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte.“

Er sah bei einem Angriff von Osten her den Weltkrieg kommen und daß dieser Deutschland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen würde.

Und der Krieg vom Osten kam, er ist zum Weltkriege geworden, und unser Vaterland ist vor die Frage des Seins oder Nichtseins gestellt worden.

Da kommt Breitscheid und will diese Fragen abtun, mit der Behauptung, daß es sich lediglich um Kapitalinteressen handle.

Bekanntlich wird jede goldene Uhrkette von der Goldankauffstelle zum vollen Goldwert gekauft. Bring auch du die Deine!

Der Volkswirtschaft handelt es sich. Als ob diese den Arbeitern, deren ganze Grundlagen von ihr abhängen, gleichgültig sein könnten!

Wollen wir nicht das Haus zum Gemeinbesitz aller machen, soll nicht die Volkswirtschaft in den Dienst Aller gestellt werden, soll sie nicht die Grundlage einer weiteren sozialistischen Produktion geben?

Wer bestreitet den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Kapitalismus? Aus ihm erwächst ja gerade unser Ziel der sozialistischen, für und durch die Gesellschaft betriebenen Produktion.

Es ist eine Verwirrungsphrase, bei diesem Kriege Deutschlands davon zu sprechen, daß die alte Partei sich um Kapitalinteressen sorge.

Breitscheid ist Nationalökonom; er war Sekretär des Handelsvertragsvereins. Mag er sich doch einmal der Aufgabe unterziehen und nachweisen, daß es für die Arbeiterschaft gleichgültig sei, wie der Krieg ausgeht.

Es klingt geradezu lächerlich im Munde eines Breitscheids, von dem „unverbrüchlichen Festhalten an der Gegnerischeit zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ und von „der Entschlossenheit, die Kampfstellung gegen sie auch nicht einen Moment lang aufzugeben“ zu reden.

liebe jenes Land — aber jetzt? Nein, es wäre nie wieder gut geworden. Es ist besser so. Er wollte wieder nach ihrer Hand greifen, er sagte nach ihren beiden Händen: da sagte sie es ja selber, es war gut, daß sie frei geworden war.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

„Ihr Bruder ist wohl sehr glücklich?“ Das war eine ungeschickte Frage, aber sie wußte nicht mehr, was sie sagen sollte.

„Ich darf ja nicht.“ Seine Stimme klang heiser vor Erregung. Nun sagte er nach ihrer Hand, sie wollte ihm dieselbe sanft entziehen, aber er hielt sie eisen fest.

„Eine Hoffnung?“ Sie wiederholte es nur mechanisch. Ach, sie wußte ja nur zu gut, welche Hoffnung er meinte. Aber konnte, durfte sie ihm Hoffnung machen?

Ihre weiche Stimme, die ein wenig gestützt hatte, wurde fest: „Ich müßte mich vor mir selber schämen, wenn ich so rasch vergessen könnte, was gewesen ist.“

Als ob sie all seine Gedanken erriete, sagte sie: „Wenn Sie wirklich mein Freund sind, dürfen Sie nicht so zu mir sprechen.“

Nun wollte sie ihm beide Hände reichen. Aber er bemerkte die Bewegung nicht, mit der sie sie ihm hinreichte. Er bemerkte auch nicht, wie bläß ihr Gesicht war.

Die Tränen schossen ihr in die Augen: ach, wenn er wüßte, wie ihr zumute war. Nun ging er von ihr — so dolgen ihr — und sie hätte ihm doch die Arme um den Hals schlingen mögen.

Die Tränen schossen ihr in die Augen: ach, wenn er wüßte, wie ihr zumute war. Nun ging er von ihr — so dolgen ihr — und sie hätte ihm doch die Arme um den Hals schlingen mögen.

Die Tränen schossen ihr in die Augen: ach, wenn er wüßte, wie ihr zumute war. Nun ging er von ihr — so dolgen ihr — und sie hätte ihm doch die Arme um den Hals schlingen mögen.

Breitscheid lange genug diese Politik mitgetrieben, solange, daß man ihre „Momente“ nicht zählen kann. Aber das ist nicht die Politik der alten Partei! Sie steht auf dem Boden dieser Gegnerischeit nach wie vor.

Groß-Berlin

Sie haben es nötig!

Während der „Vorwärts“ in der letzten schweren Zeit mitten im Feuer stand, hat sich das „Mittelungsblatt“ der Unabhängigen durch staatsmännische Vorsicht von allen Beuligkeiten zu bewahren gewußt.

Der „Vorwärts“ ist nicht mehr das Organ der Berliner Arbeiterschaft und der Berliner Parteigenossen; er hat diesen Anspruch längst verwirkt.

Wahrhaftig, er beweist es tagtäglich! Die Berliner Arbeiter freilich denken anders darüber, denn tagtäglich melden sich Tausende von ihnen beim „Vorwärts“ als neue Abonnenten.

Vom Möbelwunder.

Die ungeheure Verteuerung der Möbel hat dazu geführt, daß die seit einiger Zeit ins Leben gerufene Bewegung zur Beschaffung von billigen Hausrat für die Kriegsteilnehmer und für die minderbemittelte Bevölkerung einen immer größeren Umfang annimmt.

Die Bewegung ging von dem Gedanken aus, in ähnlicher Weise wie die getragenen Kleider, auch die gebrauchten Möbel der öffentlichen Bewirtschaftung zu unterstellen.

die Welt schon tot war, jedoch für sie noch lebendig. Nein, sie konnte nicht anders, so mußte der Abschied bleiben; er durfte nicht anders sein.

Aber das konnte sie nicht hindern, daß die Tränen, die in ihren Augen standen, überliefen. Er sah es nicht.

Er hatte ihr die Hand gefügt, nun war er an der Tür, er hielt die Klinke schon in der Hand, heiß wollte es plötzlich in ihr auf. Eine jähe Frage: war jetzt das Entschieden wirklich am Platz?

Er sah sich nicht mehr um, sah nicht mehr hinauf zu ihr. — Wie ein Blinder hatte sich Heinz Bertholdi aus dem Hause geflüchtet.

Ein heller Schrei ließ ihn schreckhaft zusammenfahren, andere Schreie folgten. Es waren Kinder, die so laut schrien. Vom Bahnhof, die Hauptstraße heranziehend, sah es gerannt: hurtige, hüpfende, trappelnde Köpfe.

Und da haben auch schon die Glocken an, tiefdröhnend mit festlichem Beuten. Lären klappern, Sonstler stimmen sich: läutete es dreimal? Die stille Straße war auf einmal laut.

Zähnen heraus! Geinje, Geinje! Die Hauptstraße von Montenegro war genommen. Wiederum eine Stahl. (Beitl. folgt)

Die hohen Preise der neuen Möbel werden zu einem erheblichen Maße durch die ungedeckten gestiegenen Preise der Rohmaterialien, besonders des Holzes, verursacht. Das aber im Möbelgeschäft noch große Gewinne erzielt werden, kann man daraus erkennen, daß z. B. die Stadt Köln, die für die Möbelherstellung 2 Millionen Mark ausgeben hat, durch große Absatzsteigerung eine sehr bedeutende Preisermäßigung erzielen konnte. Ähnliche Erfahrungen hat man auch anderwärts gemacht. Die Gewinne im regulären Möbelhandel verhältnismäßig aber, wenn man die Wertschöpfungskette betrachtet, die sich im Kleinfabrikhandel breit macht. Von einem Schwerverständigen, der im Auftrag der Gemeindeverwaltung eines Berliner Vorortes gebrauchte Möbel bestellte, die der Gemeinde von Privat zum Kauf angeboten waren, wird uns mitgeteilt, daß im Durchschnitt für diese Möbel das Drei- bis Dreifache des Preises gefordert wurde, der für sie gezahlt worden war, als sie neu waren. In solchen Preisforderungen zeigen die Angebote, die jetzt allgemein von den Möbelhändlern gemacht werden. So infiziert einer dieser wüsten Geschäftskreise in einem Dresdener Hotel, daß er 350 Prozent mehr als sonst für alle Möbelstücke bezahle.

Die Möbelhändler wollen natürlich Bekannte machen. Sie bangen in ihre Lager zusammen, was sich aufreiben läßt und teilweise durch den Möbelmangel. Diese alten Klammern werden notwendig zusammengeführt, äußerlich ein wenig aufgerichtet und dann werden Preise gefordert, die den Konsumenten die Augen übergehen. Der private Kleinfabrikhandel wird zu einer öffentlichen Kalamität. Jetzt, wo im Handel so viel reguliert wird, wäre es sicher kein Fehler, wenn die Behörden dem Kleinfabrikhandel etwas schärfer auf die Finger sehen würden.

Auf eine angedeutete sehr ergiebige Quelle des Kleinfabrikhandels hat kürzlich die „Polenarbeiter-Zeitung“ hingewiesen. Von einem Vertrauensmann wurde ihr über ein Gespräch berichtet, das dieser zufällig in einem Hotel in der Provinz angehört hat. Die beiden Herren, die es führten, offenbar wohlhabende Landwirte, sind als Geldgeber an einem gewinnbringenden Geschäft beteiligt. Sie lassen in den besetzten Gebieten im Osten die Möbel auskaufen, die dort in großen Mengen in den Hinterhöfen und den sonstigen Unterkunftsstätten der Offiziere und Mannschaften vorhanden sind. Es war von ganzen Eilenbahnwagen die Rede, die nach Berlin geschafft und hier verkauft werden sollen, wobei sich mit Sicherheit einige Hunderttausend Mark verdienen lassen.

Das es damit auf sich hat, läßt sich von Unbeteiligten schwer nachprüfen. Die Angelegenheit gewinnt aber angesichts des jetzigen Lebenslaufes im Osten erhöhte Bedeutung. Zweifellos werden an der langen Front und im Stappenschritt große Mengen Möbel frei, von denen es mindestens zweifelsfrei ist, wer ein berechtigtes Eigentumsrecht an ihnen hat. Sollte die Militärbehörde die Bestände, über die sie das Verfügungsrecht hat, veräußern, dann wäre es ein offenkundiges Unglück, wenn sie privaten Händlern Gelegenheit geben würde, mit diesen Wägen zu machen. Private Händler müssen bei diesen Geschäften grundsätzlich ausgeschlossen werden. Es gibt sicher eine Menge Gemeindefürsorge, die sich freidenklich bereit wären, die Bestände für ihre minderbemittelten Gemeindeglieder aufzukaufen. Wir möchten die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Dinge lenken. Hoffentlich greifen die zuständigen Behörden ein, ehe es zu spät ist.

### Mit vier Kindern auf der Wohnungssuche.

Aus Neu-Föllin berichtet ein Arbeiter über Erfahrungen, die er bei der Wohnungssuche gemacht hat. Mit der aus dem Ehepaar und vier Kindern von zwei bis zehn Jahren bestehende Familie wohnen er eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche, was für die vierköpfige Familie wenig, aber für seinen Geldbeutel schon genug war. Er sagt uns, daß von Hausgehilfen oder ihren Verwandten ihm Schmierarbeiten besorgt worden seien, sobald sie von fernem Kinderwagen erfahren. Eine Hausfrau, die ihn eine Wohnung beschaffen lassen wollte, erkundigte sich nach der Kinderzahl und dann erst fiel ihr ein, daß ja die Wohnung schon an mehrere Leute so halb vermietet sei. Der enttäuschte Wohnungssucher ist der sehr lebhaft, daß er die Absicht hat, nach dem Gelingen seines Kinderwagens zu danken. Auf dieselbe Weise erklärt er nach einige andere Mißgeschick, die ihm bei der Wohnungssuche befallen waren. Einmal hatte er sogar schon 500 Mark angezahlt und sich in der angenehmen Hoffnung, im Grunde bei den Augen des Hausgehilfen zu finden. Doch auch hier kam hinterher die Enttäuschung: man gabte ihm das Geld zurück — und die Wohnung war für ihn nicht zu haben. Inzwischen hat ja dieser Hausgehilfe endlich eine Wohnung gefunden, aber wir können es ihm nachfühlen, daß er mit Witterkeit an die Wohnungssuche zurückdenkt. Er schreibt uns: „Da heißt es immer: Kinderwagen! Der Nachwuchs muß erhalten werden! Und was derlei Kinderwagen noch sind. Und dabei möchte man seine Kinder noch verlegen, wo man doch auf vier gesunde Augen stolz sein könnte.“ Die jetzige Wohnung sei ihm, sagt er hinzu, wegen seiner Kinder geländigt worden.

### Zur Frage der Wohnungsbeschaffung

hat der Vorstand des Preussischen Städtebundes an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet. Zunächst wünscht der Vorstand eine Lösung der Wohnungsfrage in älteren Häusern, das heißt des Städtebaues, oder Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Mieten in allen aus der Uebergangszeit zum Krieg zum Frieden stammenden Gebäuden für längere Zeit herabzusetzen. Dann bittet der Vorstand eigene Staats- oder Reichsmittel zu billigen Sätzen zur Verfügung der Städte zu stellen und auf gesetzlichem Wege neue Geldquellen den Städten zu erschließen. Sehr wichtig ist es in vielen Fällen, insbesondere den Städten zur Verfügung zu stellen oder zu günstigen Bedingungen zu erschließen. Als zweiter Punkt kam dann die Vereinfachung von erforderlichen Arbeitskräften und Rohstoffen für die Herstellung der Baumaterialien in Betracht. Dazu müßte eine Entschädigung der Herberberhaltung möglichst sofort herbeigeführt werden, damit schon jetzt festgestellt werden könne, wer in erster Reihe zuständig ist und welche Materialien schnell und billig beschafft werden können, ob eine genügende Zahl von Holzwerkstoffen, Gärten usw. in Fällen dringender Not zur Verfügung stehen.

### Dörren mit Sandgut

ist von der Berliner Volksbegehung nicht nur in der Speiseausgabestelle am Markensendling verbreitet worden, aus der wir das gestern berichteten. Eine andere und zugehörige Frage lautet, daß auch in der Speiseausgabestelle am Köpenicker Platz vor einigen Tagen diese Beobachtung gemacht wurde. Das dort verbreitete Sandgut sei, schreibt uns eine Leserin, mit Sand so durchsetzt gewesen, daß es im Munde knirschte. Als sie an der Ausgabeestelle stand, fiel ihr auf, daß so viele Eisenbolzen in der Speiseausgabe über das Eisen erlugen. Hinterher merkte sie, daß die Frauen sie mit Nicht gewarnt hätten, um sie vor Schäden zu bewahren. Sie selber hat ihr Ehemann aus der Volksbegehung bereits seit einem Jahr, woraus man schließen darf, daß sie nicht wählerisch ist. Die Schwärzschreiberin sagt, daß auch sonst die Speisen oft mangelhaft gewesen seien. Schweißmilch habe in der letzten Zeit des Gewinns nur eine ganz geringe Menge von Kartoffeln gehabt, und täglich könne man hören, daß Essenstücker darüber klagten. Nun wird man

und bleibet wieder sagen wollen, daß durch Kostproben die Schmutzhaftigkeit und Mangelhaftigkeit des Essens der Volksbegehung festgestellt worden sei. Kaum, hierüber kann keiner ein Urteil haben, der nicht gelegentlich einen pflichtmäßigen Mundgang durch einige der Ausgabestellen macht und hier und da von den Speisen einen Löffel voll zu sich nimmt. Versteht es mal, ein Viertel- oder Halbjahr hindurch täglich ein Diner aus der Volksbegehung zu beziehen und sich davon zu nähren! Und dann erzählt, und wie's auch geschmeckt hat und wie's auch bekommen ist!

### Städtisches Jugendamt.

Am 14. fand die erste Sitzung der Deputation für das städtische Jugendamt statt. Die Deputation befaßt die Aufarbeitung der Stelle des ersten Direktors mit einer kurzen Rede über drei Wochen, wobei von dem durch den Magistrat genehmigten Etat Kenntnis, wobei die gartenbauliche Verlegung der Schulkinder und die in Aussicht genommenen Aufstellungen klassischer Stühle für die Gemeindefunktion der Oberklasse eingehend erörtert wurden. Darauf schloß sich eine Besprechung der Organisation des Land- und Forstwirtschaftlichen Unterrichts für den kommenden Sommer. Zur Vorbereitung der Denkschrift des Spielplatzverbandes Groß-Berlin über die Notwendigkeit der Vermeidung der Innen- und Außenplatzplätze wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

### Anmeldung der beschlagnahmten Kleidungs- und Wäschegegenstände.

Alle in Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg und den kreisfreien Teilen und Niederbarnim anwesigen Besitzer und Inhaber von beschlagnahmten Kleidungs- und Wäschegegenständen, die nach der Beschlagnahme vom 20. Dezember beschlagnahmt sind, insbesondere Mäntel, Trichter, Mäntel, Kleider, etc., werden aufgefordert, ihre Bestände bis zum 1. März der Geschäftsstelle des Wirtschaftsbezirks zu Berlin, Röllnstraße 4 anzuzeigen, gleichzeitig auch anzuzeigen, ob eine Veränderung der Ware an den Wirtschaftsbereich beabsichtigt oder die Durchführung des Einlieferungsverfahrens bevorzugt wird.

### Begünstigung der Papiergewerbe.

Die Reichsregierung macht bekannt, daß Bier- und Strickwaren und die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse, zu deren Herstellung, abgesehen von Ratten und Zutaten, ausschließlich Papiergarne verwendet werden, begünstigt sind.

### Nicht eingelieferte Begünstigte für Luxusgüter werden mit Ende Februar unzulässig.

Die Kartellierung beträgt in der folgenden Woche wieder 7 Pfund, von denen 1 Pfund aus der eisenen Ration zu entnehmen ist.

### Schülermonatskarten statt Schülerzeitkarten.

Mit dem am 1. April d. J. in Kraft tretenden neuen Tarif im Berliner Stadt- und Ringbahnverkehr sollen auch die gegenwärtig etwas verwickelten Preise für die Schülerkarten vereinfacht werden. Mit der Ausgabe der Karten sollen vom 1. April ab ausschließlich die Fahrkartenausgaben befreit werden. In diesem Zweck ist beabsichtigt, in Zukunft statt der Schülerzeitkarten, die gegenwärtig für jeden einzelnen Fall besonders berechnet werden müssen, Schülermonatskarten, gültig für den Kalendermonat, mit einem ein für allemal feststehenden Preise auszugeben. Die Folge davon würde sein, daß künftig auch die Ferien mit in die Gültigkeit einbezogen werden würden. Kosten die Ferien so, daß die Monatskarte von dem Schüler nicht genügend ausgenutzt werden kann, so bleibt es dem Schüler überlassen, Einzelkarten zu lösen. Den Preis der Schülermonatskarten wird der Preis der Zeitkarten im Stadt- und Ringbahnverkehr zugrunde gelegt. Am 1. April treten daher für Schülermonatskarten folgende Preise in Kraft: 1. Zone (bis zur 1. Station) 3. Klasse 1,50 M., 2. Klasse 2,00 M., 3. Zone (bis zur 2. Station) 2 und 3. M., 3. Zone (ganze Stadt- und Ringbahn) 2,50 und 3,00 M.

### Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtkommission.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtkommission hat folgende Antrag eingebracht: Die Stadtkommission wird ersucht, die Stadtkommissionen zur Vermeidung von Unklarheiten, die durch die Stadtkommissionen verursacht werden, zu lösen, nach der a) den vor dem Krieg beständigen Büroausstellungen (Büroausstellungen) die bisher den Beamten und Angestellten bewilligten Feuerzusulagen und b) allen während des Krieges ausstillgestellten Büroausstellungen, je nach der Dauer ihrer Stillsetzung eine einmalige Feuerzusulage, und zwar 1. den vor dem 31. Juni 1915 eingestellten Beherdeten im Betrage von 175 M., den Ledigen von 100 M., 2. den nach diesem Zeitpunkt, aber vor dem 30. Juni 1916 eingestellten Beherdeten von 150 M., den Ledigen von 100 M., 3. den nach diesem Zeitpunkt, aber vor dem 31. März 1917 eingestellten Beherdeten von 100 M., den Ledigen von 75 M., 4. den nach diesem Zeitpunkt, aber vor dem 31. Dezember 1917 eingestellten Beherdeten von 75 M. und den Ledigen von 50 M. nach den gleichen Grundsätzen wie den festgestellten Beamten und den Angestellten gemacht wird.

### Was erzählt der Sozialismus und was wollen die Sozialdemokraten?

Diese Fragen stellen in der jetzigen Zeit täglich Tausende unserer Volksgenossen an der Front und in der Heimat und sie werden gestellt in allen Schichten unserer Bevölkerung. Da möchten wir die Fragesteller auf ein Buchchen aufmerksam machen, von Paul Kampffmeyer, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung“, das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist und für 1,20 M. von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. Das Buch ist eine Fiktion durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie und des Sozialismus. In der Hand dieses Büchleins wird man sich leicht zurechtfinden. Es ist daher allen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, empfohlen. Es kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Das Porto beträgt 20 Pf.

### Das Rauchen in den Straßen und Eisenbahnwagen sollte während des gegenwärtigen Verkehrslebens...

Das Rauchen in den Straßen und Eisenbahnwagen sollte während des gegenwärtigen Verkehrslebens, das zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse allgemein, also auch auf den Vorder- und Hinterrufen der Straßenbahnen streng verboten werden. In den Straßen, Stadt- und Vorortbahnen sind die Fahrgäste fast ständig in einer Dampfwolke, die das Rauchen des Fahrgastes um das Doppelte und Dreifache übersteigt. Ganz abgesehen davon, daß die Atemluft unter diesen Umständen auch ohne den „Dunst“ der Raucherzigaretten, Pfeifen und Zigarren schlecht genug ist, sind bei dem Gedränge und den Schlägen von Kleidungsstücken u. dergl. durch dreimündige Glühbirnen gar nicht zu vermeiden. Wenn man den Schaden entdeckt, ist zum Teil der Urheber längst nicht mehr zu ermitteln, und die Folge ist, daß man die jetzigen Raucherpreise für Raucherzigaretten selber zu tragen hat. Das Wenige, was an Tabaksubstanzen zur Verfügung steht, kriegt man ja auch teurer, ohne daß man auf Straßenbahnen usw. paßt. Mit einem allgemeinen Raucherverbot werden mit beschwindenden Entnahmen auch die Raucher selber einverstanden sein.

### Entstehung und Verhütung von Nervenkrankheiten.

Dr. med. Dr. Schuster am Montag, den 18. abends 8 Uhr, im Bürgerklub des Berliner Rathauses sprechen wird. Es handelt sich um einen der von der Zentralkommission der Krankenkassen Veranlasseten Vorträge.

### „August“! Herr von der Handen, Affessor im Reichsamt des Innern, siebte im Sommer 1917 mit seiner Familie von Berlin nach Caputh über.

Fräulein von der Handen hat in Berlin von Buchheim und Liech einen Quart, das Hund für 240 M. „Gloz“ war ihre Freude, als ihr in Caputh nur 120—130 M. abgefordert wurden. Sie gab ihrem Dienstmädchen von Caputh 1000 M.

Quart in Caputh zu kaufen. Nach kaum 14 Tagen erhielt sie so wie ihr Dienstmädchen einen Strafbescheid von je 8 M. Dagegen legten beide Einspruch an. Herr von der Handen trat vor dem Reichsamt Schöffengericht als Beklagter auf und behauptete, daß sich sowohl seine Frau wie auch sein Dienstmädchen in einem entschuldigen Zustand befinden hätten, denn in Berlin hätten die Anwohner unter den Augen der Polizei bei Buchheim und Liech jeits 240 M. bezahlen müssen. Man könne von der Frau nicht verlangen, daß sie in Caputh für verboten halte, was in Berlin polizeilich erlaubt sei. Als der Vorsitzende auf die Ordnungsbekanntmachung hinwies, die damals nur 70 Pf. festgesetzt habe, holte der Affessor aus einem Koffer Bände von Verordnungen mit dem Bemerkten hervor, daß er damit unter den Herren Schöffen Verwirrung wolle, daß nicht täglich, sondern monatlich und beinahe monatlich Verordnungen erlassen würden, so daß die Beamten selbst nicht mehr ein noch aus wählten, viel weniger eine Hausfrau. Das Schöffengericht ließ diesen Einwand nicht gelten und verwarf den Einspruch mit der Begründung, daß wohl eine Arbeiterfrau von entschuldigtem Zustand sprechen könne, daß man aber niemals der Frau eines Richters, deren Mann die Kriegsgebiete bearbeitet, entschuldigend zu sprechen dürfe. Affessor von der Handen kündigte an, daß er die höheren Instanzen anrufen und mit dem Quart bis zum Reichsgericht gehen würde.

Jirka Schumann. Das Programm hat eine Erweiterung erfahren durch den Handstand der drei Schwestern Witz-Porella. Die jungen Damen tanzen richtige Tänze auf den Handflächen. Albert Schumann führt seine Original-Notenreduktionen vor und reitet fast täglich ein kleiner Vollblut-Schäferpferd. Die Ausstattungsdantome „Pensio“ geht heute in beiden Vorstellungen ungeführt in Szene; die Schauspieler Adolf und Coco treten sowohl nachmittags wie abends auf.

Zu dem Raubüberfall in der Friedrichstraße erfahren wir noch, daß es bis gestern spät abends noch nicht gelungen ist, den Räuber zu ermitteln. Auf die Ergreifung hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Reine Rotzen. Am 24. März, mittags 12 Uhr, findet wieder eine der vom Stadtkommissioner Dr. Jirka veranstalteten Besichtigungen im Jirka-Bauhof statt, bei denen 2000 Gemeindefunktionen 14 vierstündige Führungen vornehmen werden. Der Besichtigungsplan ist im Bureau des Stadtkommissioners am 24. d. M. abends 8 Uhr an den Konsumenten selbst in der Kasse des Jirka-Baus. Die städtische Bauverwaltung in Berlin beginnt den Sommerbau am 8. April. Das Bauprogramm ist durch das Bureau der Bauverwaltung, Röllnstraße 141, zu beziehen; auch wird dort jede Auskunft wochentags 9—2 Uhr erteilt.

### Der Haushaltsplan der Provinz Brandenburg.

Der Haushaltsplan für die Provinz Brandenburg, der mit 34 440 000 M. den gegenwärtigen dem laufenden Haushaltsplan ein Mehr von 947 641 M. bedeutet. Für die Stadt- und Landbesitz der Provinz ist darin der bedeutendste Anstieg und erfreuliche Umstand, daß der Provinzialhaushalt wiederum auf 14 Prozent festgelegt ist. Das Mehr von fast einer Million, das durch das Ansehen der Steuerkraft gedeckt wird, ist auf die starke Kriegsteuerung zurückzuführen. Die Zahl der Kriegsgesoldaten hat gerade in letzter Zeit eine erhebliche Steigerung erfahren; die Kriegszugene belaufen sich im Kalenderjahr 1917 auf 280 und sind für 1918 auf 480 anzuheben. Infolgedessen sind die Ausgaben für diesen Zweck der Provinzialverwaltung gegenüber dem laufenden Haushaltsplan um 627 000 M. höher angesetzt, wovon jedoch  $\frac{1}{2}$  vom Staat erstattet werden, so daß die Provinz selbst im Jahre 1918 nur mit einem Mehr von 297 000 M. belastet wird. Sehr günstig gestalten sich die Verhältnisse in der Irrenanstalt. Hier hält die Abnahme der Kranken stetig an. Während noch der Hauptberichtszeit für 1917 eine Gesamtzahl von 9500 Kranken vorliegt, brauchen bei dem neuen Voranschlag für 1918 nur 7500 Kranke eingeplant zu werden. Auch in der außerordentlichen Ausgabe bedingt der Abgang der Irrenzahl eine wesentliche Entlastung. Die gegenwärtig vorhandenen Irrenanstalten der Provinz Brandenburg bieten Raum für 12 600 Kranke. Für Verfahrswesen und Landeskultur sei bis zur Wiedererlangung der nötigen Arbeit die nötige Vorrichtung getroffen worden. Da aber noch aus Ersparrnissen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, können im neuen Voranschlag hierfür 252 200 M. weniger aufgeworfen werden. In der Landesverwaltung sollen für die Unterhaltung und die Anlagen der nicht schiffbaren Riffe 78 000 M. mehr aufgegeben werden, weil der Schutz gegen Hochwasserläden und Mähdirt auf die Volksernährung verstärkt werden muß für die Säuglingsfürsorge werden erhöhte Mittel angesetzt. Hier ergeben sich Mehrkosten von 260 000 M., weil die neue Gebäulichkeitsanfertigung in Kaulden zum erstenmal im Haushaltsplan erscheint. Um für die kriegsgetrauten Ehepaare billige Möbel zu beschaffen, hat sich die Provinz an der gemeinützigen G. m. b. H. „Hausrat“ mit 60 000 M. beteiligt.

Kraut. Lebensmittel. In der nächsten Woche wird der Verkauf von Runkelrüben auf Abschnitt 5 der allgemeinen Lebensmittelkarte (zu Kopf 1/2 Pfund) fortgesetzt. Auf Abschnitt 6 und 7 der allgemeinen Lebensmittelkarte entfallen 1 1/2 Pfund Runkelrüben. Die Kleinhandlärer sind berechtigt, mit dem Verkauf sofort nach Empfang der Ware zu beginnen und haben das Eintreffen der Runkelrüben durch ein Plakat anzuzeigen. In der nächsten Woche sind nach Angabe der bei den Kleinhandlärer ausliegenden Plakate die auf die blauen Sammelkarten für Speisefett entfallenden Mengen zu entnehmen. Ein Ersatz für in dieser Zeit nicht abgeholte Mengen kann nicht geleistet werden. Von Montag, den 18. d. M. bis Sonntag, den 24. d. M., hat eine Kennzeichnung der Eierkarte bei den Kleinhandlärer zu erfolgen. Die früher bewilligten Entlohnungen und Abrechnungen der Eierkarte sind unzulässig. Die Anzahl der auf Abschnitt 9 der Runkelrüben-Kennzeichnung zur Abgabe gelangenden Eier hat sich bedingt, es ist jedoch in nächster Zeit mit dem Eintreffen weiterer drei Baggons zu rechnen. Eine größere Anzahl Runkelrüben wird in nächster Zeit den städtischen Verkaufsstellen und den Kleinhandlärer überlassen werden. Von Montag, den 18. d. M., ab wird auf Abschnitt 2 der Runkelrüben-Kennzeichnung ein Breifischen Eßzucker abgegeben.

Die dem Magistrat zurzeit zur Verfügung stehenden Vorräte an Getreide sind nunmehr an die Kleinhandlärer und die städtischen Verkaufsstellen zur Verteilung gelangt. Den noch nicht belieferten Wareninhabern wird empfohlen, den Abschnitt 9 der Runkelrüben-Kennzeichnung aufzugeben, da bei Wiedereintritt neuer Vorräte die Verteilung auf diesen Abschnitt solange fortgesetzt werden wird, bis alle Wareninhaber beliefigt sind. In den städtischen Verkaufsstellen und den Warenwirtschaftlichen gelangen freiwillig Altpapier zum Preise von 3 M. je Pfund und holländische gefalgene Stinte zum Preise von 1,05 M. je Pfund zum Verkauf. Der Verkauf von Fisch- und Meereswaren auf Abschnitt 8 und 9 der Warenbezugskarte wird fortgesetzt.

Schöneberg. Lebensmittel. Bis zum 10. Februar findet die Voranmeldung statt für 100 Gramm Speisewaren auf Abschnitt 8 der Grob-Berliner Lebensmittelkarte, bis zum 30. für ein Brieschen Süßbrot in den Apotheken und Drogeriehandlungen auf Abschnitt 9 der Grob-Berliner Lebensmittelkarte. Eine Voranmeldung werden in der nächsten Woche 100 Gr. Knochenbrühe auf den Doppelschnitt 98 der Grob-Berliner Lebensmittelkarte verteilt. Außerdem werden ausgegeben 1 Pfund Runkelrüben oder Runkelrüben auf Abschnitt 92 der Grob-Berliner Lebensmittelkarte und ein Paket Leinwand auf den Doppelschnitt der Lebensmittelkarte für Kinder. Die Konsumenten für Runkelrüben, soweit sie für den März bereits bewilligt sind, müssen bis zum Dienstag von den Brotkommissionen abgeholt werden.

Wilmersdorf. Lebensmittel. In der nächsten Woche werden abgegeben auf Abschnitt 9 der Lebensmittelkarte 150 Gr. Speisefett auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gr.





Parteinachrichten.

Erstaunliches aus Wien.

Durch wohlwollenden Zabel und strenge Ermahnung sind wir dazu gebracht worden, in der Wiener Arbeiterzeitung das Wort zu sagen, das den Kampf gegen den Imperialismus vorbildlich führt.

Die Polen in Oesterreich sollten aber eines nicht vergessen. Die Pläne der deutschen Imperialisten, die auch hier unumwandelbar die Pläne der deutschen Herrenregierung sind, auf unmittelfbare Annexion polnischer Gebiete sind zwar zurückgewiesen, aber keineswegs aufgehoben.

In aller Bescheidenheit sei dazu bemerkt, daß auf solche Weise unter sehr schwerer Kampf gegen den hab- und deutegierigen deutschen Imperialismus nicht gerade erleichtert wird.

Der Generalstreik in der Schweiz abgelehnt.

Die Leitung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hatte die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der schweizerischen Bundesversammlung, die Vorstände der Gewerkschaftsverbände und der lokalen Arbeiterunion zu einer außerordentlichen Konferenz ins Volkshaus nach Olten eingeladen.

Es wurde den Teilnehmern zunächst ein kurzes Resümee über die gegenwärtige politische Lage der Schweiz gegeben, in welchem mitgeteilt wurde, daß der Bundesrat den ursprünglichen Entwurf über die Einführung der Zwangsarbeit zurückgezogen habe.

In längerer Debatte kam sodann das neue Truppengebot des Bundesrats zur Sprache, das von einzelnen Rednern, namentlich dem Vertreter der Holzarbeiter, als eine Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet wurde.

wortet werden sollte. Der Generalstreik fand aber bei der Versammlung keine günstige Aufnahme; allgemein war die Ansicht, daß die schweizerische Arbeiterschaft für einen Generalstreik nicht zu gewinnen sei und daß der Generalstreik eine schwere Niederlage für die sozialdemokratische Arbeiterschaft bedeuten würde.

- 1. Ausreichende Vertretung der Arbeiterschaft in der Kommission des Restorations- und Arbeitsamts.
2. Tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Bund und Gewerkschaftsbund auf der Grundlage des freien Arbeitsvertrages.
3. Gleichstellung der Deserteure und Rekruten mit der übrigen Arbeiterschaft.
4. Entlassung aller für die Restorationsarbeiten zwangsweise ausgehobenen Personen, sofern sie nicht als freie Arbeiter beschäftigt werden sollen.

In der Versammlung wird noch Kenntnis gegeben, daß die zu den Restorationsarbeiten in Niederösterreich (Targau) ausgehobenen Deserteure in den Streik getreten seien und sich trotz der angeordneten Verhaftung oder renitenten Deserteure weigerten, die Arbeit aufzunehmen.

Industrie und Handel.

Der Krieg der Rohstoffe.

Aus der ursprünglich wohl ganz anders gedachten Montee-Doktrin hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts eine systematische, durchaus imperialistische, offensive Betätigung dieser Doktrin entwickelt, die ebenso wie der großbritannische Reichsgedanke die Erde für die beiden großen angelsächsischen Mächte reservieren will.

Die Engländer, wie die Amerikaner werden natürlich niemals zugeben, daß sie irgendwelche Eroberungsabsichten auf die genannten Gebiete verfolgen. Denn sie respektieren in ihrer Art das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Im Weltkriege haben diese Bestrebungen, die sich schon früher deutlich abzeichneten, Dimensionen angenommen, denen wir mit äußerster Konsequenz entgegenzutreten müssen. Das Ziel des angelsächsischen Bloks ist die Erfassung der Produktion der Rohmaterialien. Wer diese Rohstoffgebiete monopolistisch beherrscht, ist für ein Jahrhundert überreich und hält die Welt an Rohstoffen in Abhängigkeit.

Der glänzende Geschäftsgang in der Papierindustrie. Laut 'Papierzeitung' wurde auf Grund der Ergebnisse per 30. Juni 1917 von 29 Aktiengesellschaften der deutschen Papier- und Papierstoffindustrie auf 40,99 Millionen Mark Aktienkapital 4.900.070 M. Gesamtdividende gleich 11,96 Proz. verteilt.

Jugendveranstaltungen. Arbeiter-Jugendheim Berlin, Lindenstr. 8. Heute Sonntag ist das Heim von 5 Uhr an geöffnet.

Der Stempel der Mode. and des guten Geschmacks ist allem was Sie bei uns sehen, unweigerlich aufgedruckt. Damenkleidung haben, derart vielseitig, daß der individuelle Geschmack eines Jeden voll zur Geltung kommt. Auch Sie werden bei uns das für Sie am besten geeignete finden. Königsfr. 33, Chauffeeffr. 113

Verkäufe. Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, müssen Sie in den Frauenbezirk laufen. Kleiderhaus, Hermannstr. 10. Pelzwaren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Neue Herrenanzüge, Uhrverkauft, Silberarbeiten, Einlegungsgegenstände. Kleiderhaus, Borsigauerstr. 7. Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenschürzen, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Parkanmäntel, Winterdamentaschen, Pelzwaren, Uhren, Brillen, etc. Kleiderhaus, Borsigauerstr. 41.





# Peiser Seide

MESSALINE  
Mit 9,75  
in vielen Farben



WEICHE-KLEIDERSEIDE  
Mit 21,50  
doppelt farbig

Geöffnet von 10-6 Uhr

TAUENTZIENSTR. 20 FRIEDRICHSTR. 179  
LEIPZIGERSTR. 69 ORANIENSTR. 472

## Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe Deutschlands.

Am Donnerstag, den 14. Februar, verstarb nach kurzem Leiden an Herzschlag unser Vorsitzender und Mitbegründer unseres Vereins, der Kollege

### Emil Basner.

Stets nur zum Besten des Vereins arbeitend und auf das Wohl desselben bedacht, war es ihm nach schweren Kämpfen gelungen, unter seiner Leitung den vor 25 Jahren gegründeten Verein zur jetzigen Höhe emporzuschauen zu sehen, was stets sein Stolz war.

Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen einen treuen Berater und rastlosen Mitarbeiter, der uns in mancher schweren Stunde mit Rat und Tat helfend zur Seite gestanden hat. Ein guter Freund ist dahingegangen, wir und alle, die ihn gekannt, werden ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 17. Februar 1918, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17, statt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Lindenstraße 83/85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1937, 9714.

Am Donnerstag, den 14. d. M., starb unser Mitglied der Ortsverwaltung, der Schmied

### Emil Basner.

Wir verlieren in dem Kollegen Basner ein Mitglied, der an der Wiege der Metallarbeiterbewegung Deutschlands gestanden hat und stets das regste Interesse für das Gedeihen und Blühen unserer Organisation an den Tag legte. Um so schwerer empfinden wir den Verlust, den unsere Organisation durch den Tod des Kollegen Basner erleidet. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Beerdigung findet vom Krankenhaus im Friedrichshain aus statt am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Pappelallee. Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

## Sozialdemokrat. Verein Berlin IV. (S. P. D.)

Allen Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß unser treues Parteimitglied, der Maschinenmeister

### Oskar Teske

nach längerem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

217/18

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuss, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchung schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung. 200/12\* Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

## Punsch-Extrakt

1 Teil mit 2 Teilen siedendem Wasser ergeben einen alkoholfreien feinaromatischen Jähren Punch. Rein Jucker erforderlich. 1 Fl. 2,10 M. inkl. Für leere Flasch 20 Pf. zurück Lose von 5 Ltr. an, Ltr. 2 M. Bei Mehrfachnahme billiger. Otto Reichel 50. Eisenbahnstr. 4.

## Spezialarzt

Dr. med. Laabs, beh. Intern. gründl. mögl. schmerzlos u. ohne Verwundung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Körperliche Kräfte, Harn- u. Blutuntersuchung. Bahnhof Königsstr. 94/96. Alexanderpl. Str. 10-11 u. 6-8, Sonntag 10-1.

## Starke Büste

wird erlangt durch das echte Bouquet-Busanwasser welches die Formen zur höchsten Entfaltung bringt u. einen gleichmäßigen Halsansatz bewirkt. Durch natürliche äußerliche Kräftigung wird die erschöpfte Brust gefestigt u. die unentwickelte kleine Büste vergrößert. Zahlr. Anerkennungen. Wirkung unübertr. Flasche 4 Mark. Kosmet. Laborat. N. Bocalius, Berlin 29, Sobhan-Allee 182

## Erfinder

während des Krieges grosse Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos Norddeutsches Patentbüro, Aeltostes Bureau Berlin, Berlin, Friedrichstr. 9 9-5, Sonntags 11-1

## Mittags v. 1-3 geschlossen.

Echte Perser- und Deutsche Teppiche Abgip. Sofa bezüge mit Einfassungspflüsch, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- u. Diwanddecken. Linoleum empfiehlt! Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre Berlin-Süd. Seit 1882 nur Oranienstraße 158.

Mein allbek. Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich laut. Firma!

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Fritz Deichsel, Gerüstbauer.
- Richard Gensch, Straßenbahner.
- Emil Gentzke, Koffmitscher.
- Willi Gollan, Geschäftsdienstler.
- Heinrich Gratzke, Droschkenchauffeur.
- Walter Gummich, Geschäftsdienstler.
- Max Hahn, Geschäftsdienstler.
- Wilhelm Hoffmann, Müllschaffner.
- Fritz Klitscher, Droschkenführer.
- Wilhelm Krüger, Geschäftsdienstler.
- Reinhold Pieper, Bierfahrer.
- Richard Rabe, Geschäftsdienstler.
- Gustav Röstel, Breiterträger.
- Hermann Scheck, Geschäftsdienstler.
- Hermann Vermum, Lagerarbeiter.
- Franz Winter, Möbelträger.

Ehre ihrem Andenken!

17/10 Die Bezirksleitung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

### Franz Klob

Coblenzstr. 14 am 8. Februar gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ost-Friedhofes in Köpenick aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht

Der Vorstand.

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

- Bleja, Adalbert, Schmied, geb. 20. 4. 76 in Zabstschin.
- Borrmann, Max, Dräcker, geb. 22. 11. 94 in St. Wilmerdorf.
- Cichocki, Karl, Schlosser, geb. 28. 10. 85 in Polen.
- Dettmann, Otto, Gärtler, geb. 24. 11. 91 in Dammgarten.
- Fiegert, Fritz, Dräcker, geb. 29. 6. 98 in Leipzig.
- Fischer, Albert, Schlosser, geb. 9. 9. 97 in Linn.
- Hättenrauch, Andreas, Arbeiter, geb. 4. 5. 70 in Wangleben.
- Karasch, Paul, Arbeiter, geb. 4. 7. 97 in Gemeln.
- Kliezkowski, Johann, Arbeiter, geb. 17. 4. 82 in Hagenort.
- Kosse, Otto, Gärtler, geb. 25. 4. 76 in Berlin.
- Seidel, Otto, Wäfler, geb. 23. 12. 82 in Lieferfurth.
- Steffen, Otto, Arbeiter, geb. 8. 2. 87 in Thale L. G.
- Strauß, Erich, Dreher, geb. 2. 10. 98 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Am Sonntag, den 8. Februar, verstarb unser Mitglied

### August Buntebarth

geb. 10. Februar, unser Mitglied

und am Dienstag, den 12. Februar, unser Mitglied

### Gustav Simon.

Ehre ihrem Andenken!

241/6 Die Ortsverwaltung.

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

## Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Nachruf.

Am 11. Februar verstarb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, Anwaltsangestellter

### Helmut Saldsieder

im 34. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. 47/9

Die Ortsverwaltung.

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

161/75

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

(Bezirk Köpenick II.)

Am 12. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

### Gustav Eisfeld.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen, Montag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Pioniergemeinde, Nordend, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

149/11

149/11

149/11